

Stenographischer Bericht

49. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

4. Juni 1926.

Inhalt:

- Personalien:** Urlaubsbewilligung Tausk (1105).
Wahl eines Ersatzmannes des Gemeinde- und Verfassungsausschusses an Stelle Schreckenthal (1105).
- Auflage:** Die Beilage Nr. 158.
- Verhandlungen:** 1. Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 154, mit Abänderungs-, Beschlufs- und Bedeckungsanträgen zum Voranschlage für das Jahr 1926, (Beilage Nr. 120), nebst Minderheitsanträgen. — Allgemeine Erörterung. — Hauptberichterstatter Spak (1105). — Redner: Prisching (1107), Gföllner (1109), Riegler (1114), Winkler (1121), Steiner (1127), Wallisch (1129).
- Anträge:** Dr. Kammerer, Riemer, Zl. 574, betreffend den Bau einer Lokalbahn nach Eibiswald (1134).

Präsident Köbl eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Präsident: Vorerst habe ich mitzuteilen, daß Frau Abg. Tausk um einen einmonatigen Urlaub angefücht hat, derselbe wurde bewilligt.

Winkler: An Stelle des Herrn Abg. Schreckenthal, der seine Stelle im Gemeinde- und Verfassungsausschusse niedergelegt hat, schlagen wir den Herrn Abg. Singer vor. (Der Wahlvorschlag wird angenommen.)

Präsident: Ich erteile nunmehr zur Tagesordnung, das ist Bericht des Finanzausschusses,

Beilage Nr. 154, mit Abänderungs-, Beschlufs- und Bedeckungsanträgen zum Voranschlage für das Jahr 1926 (Beilage Nr. 120) nebst Minderheitsanträgen

dem Herrn Hauptberichterstatter Abg. Spak das Wort.

Hauptberichterstatter Spak: Hohes Haus! Im Auftrage des Finanzausschusses habe ich zu berichten über die Beilage Nr. 120, Voranschlag der steiermärkischen Landesfonds für das Jahr 1926. Erlauben Sie mir, daß ich der Erörterung des Budgets einige Worte vorausschicke, die erklären sollen, warum sich der heurige Voranschlag verzögert hat. Der Voranschlag für das Land Steiermark ist schon in sich wesentlich komplizierter als der der meisten anderen Länder Österreichs. Die Hauptausgaben des Landes erstrecken sich auf Schulen und Krankenhäuser. Während andere Länder vielfach Ausgaben für Krankenhäuser überhaupt nicht kennen, war in Steiermark eine sehr sorgfältige Erhebung der notwendigen Erfordernisse unausweichlich. Wenn Sie erwägen, daß wir Krankenhäuser in Graz, Fürstfeld, Hartberg, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Mariazell, Mürzzuschlag, Radkersburg, Rottenmann und Voitsberg haben und außerdem auch noch Sie-

chenhäuser in Ehrnau, Felbbach, Hartberg, Rindberg, Knittelfeld und Wildon besitzen, ferner die Landesheilanstalten Enzenbach, Hörgas, Stolzalpe, die Landesirrenanstalt Feldhof, so werden Sie begreifen können, daß die Vorarbeiten für einen Voranschlag des Landes Steiermark sich an sich umfangreicher gestalten müssen, als es bei anderen Ländern der Fall ist. Dazu kommen im heurigen Jahre aber noch ein paar außerordentliche Umstände. Es waren, bevor der Voranschlag dem Landtage vorgelegt werden konnte, eine Reihe schwieriger politischer Fragen zu lösen. Ich will aus dem Kreise dieser Fragen lediglich zwei große Fragen, nämlich erstens die Regelung der Gemeindeumlagen und zweitens die Kürzung der Ertragsanteile der Gemeinden als besonders wichtig und schwierig hervorheben. Es war bei der Bedeutung dieser Fragen selbstverständlich der Ablauf einer gewissen Verhandlungszeit unausweichlich. Dazu kommt im heurigen Jahre noch ein weiterer Umstand. Die Landesanleihe ist endlich unter Dach und Fach gebracht und dürfte bereits Ende Juni flüssiggestellt werden. Im Zusammenhange mit der Anleihe haben sich gleichfalls eine Reihe von Verzögerungen ergeben, da aus dem Voranschlage sehr sorgfältig alle außerordentlichen Posten herausgesucht werden mußten und insbesondere jede Art von Investitionsausgaben ausgeschieden wurde. Auch diese Arbeiten bedeuteten naturnotwendigerweise eine außerordentliche Verzögerung. Das Zusammenwirken all dieser Faktoren erklärt die Verzögerung des Voranschlages wohl hinlänglich.

Wenn ich den heute vorgelegten Voranschlag mit einigen charakteristischen Worten kennzeichnen darf, so glaube ich besonders drei Punkte hervorheben zu sollen.

1. Der Voranschlag bringt keine neuen Landessteuern;

2. der Voranschlag bringt aber auch keine Erhöhung der bisherigen Landessteuern und

3. der ursprünglich vorhandene Plan der Einführung einer Stromsteuer wurde fallen gelassen.

Ich glaube, daß gerade diese drei Punkte deutlich zeigen, wie sehr sich die steiermärkische Landesregierung über den Ernst der gegenwärtigen Lage der Wirtschaft im klaren war und wie sehr sie sich bemüht hat, die Wirtschaft in solchen Zeiten in denkbarstem Maße zu schonen. Wo gespart werden konnte, wurde gespart. Freilich sind bezüglich der Sparmöglichkeiten ziemlich enge Grenzen gezogen. Wenn man erwägt, daß über 50 Prozent des Gesamterfordernisses Personalerfordernisse bilden, dann wird man begreifen, daß die Möglich-

keiten, zu sparen, leider ziemlich beschränkte sind. Es wurde auch ein Abbau der Landtagsvertreter vorgenommen, und zwar werden in der Landesregierung die Mandate von 12 auf 9 herabgesetzt und die Zahl der Landtagsabgeordneten von 70 auf 56 verringert. Weitergehende Einschränkungen auf diesem Gebiete wären wohl unzweckmäßig, da der Landtag doch aus den wichtigsten Gebieten des Landes Vertreter umfassen soll. Bei vielen Anlässen ist die Bevölkerung auf den lokalen Volksvertreter angewiesen und es entspräche eine allzuweitgehende Verminderung keinesfalls den Interessen der Bevölkerung selbst.

Gestatten Sie mir nun, daß ich nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen, die ich vorausgeschickt habe, auch im heurigen Jahre, ebenso wie ich dies im Vorjahre getan habe, vor dem Eingehen in die Erörterung des Voranschlages 1926 für das Land Steiermark einen kurzen wirtschaftlichen Überblick über das verfloßene Jahr gebe.

Ich habe voriges Jahr dem Jahre 1924 nur Unerfreuliches nachsagen können. Leider kann ich für das Jahr 1925 nicht nur keine günstigere Schilderung geben, als für das Jahr 1924, sondern ich glaube, daß durch die lange Dauer der Krise das Jahr 1925 sogar ein noch schlechteres Wirtschaftsjahr war als das Jahr 1924. Eine unerhörte und seit den Jahren des Zusammenbruches noch nicht dagewesene Depression liegt über Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie. Das einzige, was uns allenfalls zu trösten vermag, ist die Erkenntnis, daß die gegenwärtige Dauerkrise keine österreichische, sondern eine allgemeine europäische Erscheinung ist. Überall, außer in den Ländern mit Inflation, herrscht der gleiche Druck wie bei uns und überall kämpft man mit den gleichen Schwierigkeiten wie bei uns. In dieser Tatsache liegt insofern ein Trost, als die gegenwärtige Krise offensichtlich keine solche ist, die vorwiegend oder ausschließlich in den österreichischen Verhältnissen begründet liegt, sondern eine Krise, die ihre tieferen Wurzeln in den durch den Krieg geschaffenen neuen Wirtschaftsverhältnissen Europas hat. Es ist darum auch zu hoffen, daß es in Österreich wieder besser gehen wird, wenn die allgemeine europäische Krise endlich einmal wieder überwunden sein wird.

Bis dahin müssen wir uns aber unter Schwierigkeiten weiterhelfen. Der schwere Druck, der über der österreichischen Wirtschaft liegt, läßt sich wohl kaum in ein schärferes Licht rücken, als wenn man die Ziffern der Arbeitslosen wiedergibt. Die Arbeitslosigkeit ist seit Sommer des vergangenen Jahres ununterbrochen im Anstieg und wir haben um die Jahreswende die in Österreich noch nicht dagewesene Höhe von rund 250 000 Arbeitslosen erreicht und haben auch gegenwärtig noch über 200 000 Arbeitslose. Die Rehrseite dieser Ziffer bildet die Beobachtung des Wechselportefeuilles der österreichischen Nationalbank, weil in diesem die geschäftliche Tätigkeit ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Im Gegensatz zur Ziffer der Arbeits-

losen ist das Portefeuille des eskontierten Wechsels in ununterbrochener Abnahme begriffen, eine Tatsache, die aber dasselbe besagt, wie die Arbeitslosenziffer, nämlich, daß die Geschäftstätigkeit unaufhörlich zurückgeht. Während das Wechselportefeuille im Dezember 1924 rund 200 Millionen Schilling betrug, betrug es um die Jahreswende 1925/26 nur rund 100 Millionen Schilling und betrug im April gar nur mehr 85,5 Millionen Schilling. In diesem Zusammenschrumpfen des Wechselportefeuilles findet die furchtbare geschäftliche Depression ebenfalls ein überzeugendes ziffernmäßiges Abbild.

Aus dieser schwierigen Lage, die insbesondere wegen der großen Zahl der Arbeitslosen ernstesten Charakter angenommen hat, gilt es Auswege zu finden, die uns wenigstens über die nähere Zukunft hinweghelfen. Auf ganz weite Sicht kann heute niemand Politik machen; dazu sind alle Verhältnisse zu ungeklärt. Es gilt immer, sich den jeweiligen Verhältnissen möglichst anzupassen und für die unmittelbare Zukunft Vorsorge zu treffen. Dem Bestreben, nicht tatenlos die Dinge laufen zu lassen, sondern positiv etwas zur Förderung der darniederliegenden Wirtschaft zu tun, dienen ja auch die von der Bundesregierung gegenwärtig unternommenen Versuche, die Wirtschaftslage etwas zu erleichtern, dienen auch eine Reihe von Vorlagen, insbesondere die Zolltarifnovelle. Hoffentlich gelingt es doch, einige Wege zu finden, die aus der schwierigen gegenwärtigen Lage herausführen und uns in eine wenigstens halbwegs erträgliche Zukunft hineingeleiten können. Im Lande selbst dürfte die Landesanleihe immerhin einigermaßen belebend auf die gesamte Wirtschaft wirken. Die geplanten Investitionen bedeuten die Beschäftigung sowohl von einigen Unternehmen wie einer vielleicht nicht unbeträchtlichen Zahl von Arbeitnehmern. Die Arbeitslosigkeit in Steiermark wird deshalb hoffentlich etwas gemildert werden. Weiters wird speziell die landwirtschaftliche Produktion durch die beabsichtigte Förderung der Milchwirtschaft durch Molkereikredite, wie wir hoffen, einen wenigstens kleinen Aufschwung erfahren und endlich und schließlich wird wohl auch die Landesanleihe die ohnehin vorhandene Tendenz der Zinsfußminderung noch verstärken.

Unsere Produktion kämpft deshalb so schwer, weil es für sie immer mühevoller und schwieriger wird, den erforderlichen Absatz zu finden. Da speziell in Steiermark die Schwerindustrie ihren Sitz hat, die zum größten Teile auf den Export angewiesen ist, ist hier die allgemein ungünstige Lage umso fühlbarer. Es fällt nicht in die Kompetenz des Landes auf dem Gebiete der Handelspolitik unmittelbar einzugreifen. Es fällt auch nur zum Teile in die Kompetenz des Landes, durch Steuermaßnahmen auf den ungestörten Gang des Wirtschaftslebens Einfluß nehmen zu können. Es handelt sich in dieser Hinsicht vorwiegend um Aufgaben, die nur der Bund zu lösen vermag. Was das Land seinerseits tun konnte, um jede Verschärfung der Krise zu vermeiden, ist, wie

ich gewiß sagen darf, geschehen. Ich glaube in dieser Hinsicht besonders auf das fallengelassene Projekt der Einführung einer Stromsteuer hinweisen zu sollen. Die von allen Seiten des Landes, von Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie und den Konsumenten gegen diese Steuer vorgebrachten Gründe haben die Landesregierung trotz der großen und drückenden Finanznot, in der sich das Land befindet, bewogen, diesen Steuerplan fallen zu lassen. Weiters hat das Land den Abbau der Inflationssteuer begonnen, indem es — mehr ist zunächst leider nicht möglich — eine Erleichterung der Herbergsabgabe in Aussicht nimmt. Was das Land auf steuerlichem Gebiete tun konnte, um der Wirtschaft zu helfen, ohne seine eigenen Finanzen in hoffnungslose Unordnung zu bringen, ist also geschehen. Daß natürlich auf keinem anderen Gebiete so viele Wünsche offen bleiben müssen, als gerade auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung ist klar, da die Landesfinanzen selbstverständlich auch trotz der Krisenzeit in Ordnung gehalten werden müssen. Die Krise würde keine Erleichterung, sondern eine Verschärfung erfahren, wenn der Landeshaushalt in Unordnung wäre, da ungeordnete öffentliche Haushalte in das Wirtschaftsleben stets große Unruhe hineinbringen. Wir haben aber nach allen nur denkbaren Richtungen gespart und es ist der Ihnen vorgelegte Voranschlag das Ergebnis zahlloser Verhandlungen, die immer wieder zu Abstrichen geführt haben, um eben in den jetzigen kritischen Zeiten die allgemeine Wirtschaft durch öffentliche Ausgaben nicht zu sehr zu belasten.

Eine der wenigen erfreulichen wirtschaftlichen Tatsachen, über die ich berichten kann, ist die auch im heurigen Jahre unaufhörlich fortgesetzte Sparsätigkeit der österreichischen Bevölkerung. Nichts zeigt diese Entwicklung deutlicher, als die in den statistischen Nachrichten verlautbarten Ziffern über die Bewegung der Spareinlagen. Während die Spareinlagen im Dezember 1924 rund 220 Millionen Schilling betragen, sind für Dezember 1925 bereits 530 Millionen Schilling und im April 1926 sogar 664 Millionen Schilling ausgewiesen, demnach ein Betrag, der bei der knappen Kapitalsdeckung der österreichischen Wirtschaft eine schon recht ansehnliche Bedeutung besitzt. Es ist gewiß von höchster wirtschaftlicher Bedeutung, wenn nun einem Gesamtumlauf von rund 860 Millionen Schilling der Nationalbank schon ein so beträchtlicher eigener Sparfonds der Volkswirtschaft gegen 700 Millionen Schilling gegenübersteht. Wenn diese Bewegung sich so fortsetzt wie bisher, so vollzieht sich doch ein unerwartet rascher Aufbau unseres Sparvermögens, das freilich heute trotz allem nur ein kleiner Bruchteil unseres Vorkriegssparfonds ist. Der Wert dieser Bewegung liegt vor allem darin, daß sie die Tendenz des sinkenden Zinsfußes außerordentlich verstärkt, eine Tendenz, deren Fortsetzung für die schwerverschuldete österreichische Volkswirtschaft geradezu eine Lebensfrage bedeutet. Können doch aus dem Sparfonds allein Kredite geschöpft werden, die frei von jeder inflationistischen

Wirkung sind, und doch ist der eigene Sparfonds außerdem die eigentliche, normale Kreditquelle speziell für die Landwirtschaft, den Handel und das Gewerbe.

Wir haben jedenfalls ein Jahr schwerer Sorgen hinter uns. Wenn nicht alle Zeichen trügen, haben wir wohl den tiefsten Punkt der Depression erreicht. Wir befinden uns heuer im Gegensatz zu 1924 in einer latenten Krise, statt in einer akuten und dieser Zustand hat, wenn er auch ein schwerer Schwächezustand ist, immerhin das für sich, daß er eine Art Abklingen wirtschaftlicher Erschütterungen, nicht aber der Anfang neuer Krisen ist. Freilich, wenn wir auch den tiefsten Punkt erreicht oder vielleicht auch überwunden haben, so sind wir doch leider anscheinend noch ferne von jedem Aufstiege. Wir können nirgends jene Stelle auch nur ahnen, von der aus eine Besserung der Wirtschaft einsetzen könnte. Da wir keineswegs wissen, wann wir aus der latenten Krise herauskommen werden, müssen wir uns eben unvermeidlicherweise noch auf ein Jahr andauernder Schwierigkeiten gefaßt machen. Arbeiten und Sparen wird auch die Lösung des kommenden Jahres sein, eines Jahres, das uns nach allen Richtungen Einschränkungen auferlegen wird.

Das Land Steiermark hat darum bei der Erstellung seines Voranschlages für das Jahr 1926 auf alle diese geschilderten Umstände Bedacht nehmen müssen und hat an allen Ecken und Enden gespart und auch viele berechnete Wünsche zurückstellen müssen, um das Gleichgewicht des Voranschlages nicht zu gefährden.

Ich habe daher namens des Finanzausschusses folgenden Antrag zu stellen, und zwar stelle ich an das hohe Haus den Antrag, den Landesvoranschlag mit den aufliegenden Abänderungs- und Bedeckungsanträgen für das Jahr 1926 anzunehmen. (Beifall.) Ich beantrage auch namens des Finanzausschusses, nunmehr einzugehen in die Generaldebatte.

Präsident: Der Herr Berichterstatter meint jedenfalls die Teilung der Debatte in eine General- und in eine Spezialdebatte. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. (Dieser Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Ich eröffne nunmehr die Generaldebatte. In derselben erteile ich das Wort dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter **P r i s c h i n g**.

Prischnig: Hoher Landtag! Nach monatelangen schwierigen Verhandlungen kommt der Landtag endlich dazu, den Voranschlag für das Jahr 1926 zu erledigen.

Es wäre natürlich sowohl für mich als den Finanzreferenten des Landes als auch für den Landtag selbst ein Leichtes gewesen, die Bedeckung für die Bedürfnisse des Landes zu finden, wenn es die wirtschaftliche Lage gestattet hätte, mit der Einführung neuer Steuern oder mit der Erhöhung bestehender Steuern vorzugehen. Es gäbe noch eine ganze Reihe Steuern, welche in anderen Ländern eingehoben werden. Ich verweise diesbezüglich auf die Elektrizitätsabgabe, die in anderen Ländern beträchtliche Einnahmen liefert, ich verweise auf die

Getreideaufgabe in Tirol, auf die Schulabgabe in Salzburg, auf die starke Heranziehung der Gemeinden zu den Schullasten in Vorarlberg, auf die beträchtlich höhere Arealsteuer in Niederösterreich, auf die Heranziehung der Gemeinden in Oberösterreich und Kärnten zu Beiträgen an das Land in der Form von Kopfsteuern.

Nun ist aber die wirtschaftliche Lage der gesamten Bevölkerung leider eine derartige, daß es nicht zu verantworten wäre, ihr neue Lasten aufzubürden, um den Haushalt des Landes zu bestreiten. Ich habe mich daher veranlaßt gesehen, die von mir eingebrachte Vorlage, betreffend die Einhebung einer Landesabgabe vom Verbrauch an elektrischem Strom, zurückzuziehen und habe trotz der mißlichen finanziellen Lage des Landes weder die Einführung neuer Steuern und Abgaben, noch die Erhöhung bestehender in Vorschlag gebracht. Ich habe — im Gegenteil — einer beträchtlichen Herabsetzung der bestehenden Landesgebäudesteuer zugestimmt, wodurch dem Land ein Einnahmeentfall von mindestens 700 000 S erwachsen wird. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich feststellen, daß die Landesgebäudesteuer nicht nur in ihren Ansätzen ermäßigt, sondern auch sonstige Erleichterungen zugunsten der Steuerträger hinsichtlich der Art ihrer Bemessung vorgesehen wurden, so daß kein einziger Steuerträger an Landesgebäudesteuer mehr bezahlen, sehr viele Steuerträger aber wesentlich weniger bezahlen werden, als sie nach dem derzeit geltenden Gesetze zu bezahlen gehabt hätten. (Beifall.)

Der Umstand, daß die vorliegende Gebäudesteuernovelle für die Steuerträger nur Begünstigungen und keinerlei neue Belastungen enthält, läßt auch die im Gesetze vorgesehene Rückwirkung auf den 1. Jänner 1926 in einem wesentlich anderen Licht erscheinen, als die sonst in Steuergesetzen vorkommenden und mitunter einer scharfen Kritik unterzogenen Rückwirkungen.

Im vorliegenden Falle bedeutet die Rückwirkung des Gesetzes einen rückwirkenden Verzicht auf eine Einnahmsquelle des Landes. Würde das Gesetz nicht mit Rückwirkung, sondern beispielsweise erst mit dem Wirksamkeitsbeginn am 1. Juli beschlossen werden, so würde das Land um Milliarden mehr einnehmen als nach der vorgeschlagenen Fassung des Gesetzes.

Wenn ich mich entschlossen habe, einer rückwirkenden Herabsetzung der Landesgebäudesteuer zuzustimmen, so geschah dies insbesondere auch mit Rücksicht auf den Umstand, daß nach dem geltenden Landesgebäudesteuergesetze ab 1. Jänner 1926 diese Gebäudesteuer die Grundlage für die Zuschläge der Gemeinden und der Bezirke bildet, während im Jahre 1925 nicht die gestaffelte Gebäudesteuer, sondern der 400fache Friedensmietzins als Grundlage für Gemeinde- und Bezirkszuschläge galt. Mit Rücksicht auf diese Zuschlagsgrundlage hätten daher entweder den Bezirken und den Gemeinden nur Zuschläge bewilligt werden können, mit welchen diese in vielen Fällen nicht ihr Auslangen gefunden hätten, oder es wäre eine derartige Belastung der

Steuerträger eingetreten, daß weder der hohe Landtag einer solchen hätte zustimmen können, noch auch die Zustimmung des Finanzministeriums, das ja bereits einen diesbezüglichen Einspruch in Aussicht gestellt hat, zu erreichen gewesen wäre.

Die Herabminderung der Landesgebäudesteuer gibt somit den Bezirken und den Gemeinden und insbesondere der Landeshauptstadt Graz die Möglichkeit, diese Steuerquelle in einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Weise auszunützen, ohne daß dadurch eine allzu starke Belastung der Bevölkerung eintreten würde.

Mit Rücksicht auf die Bezirks- und die Gemeindezuschläge wird in vielen Fällen die Herabsetzung der Landesgebäudesteuer dem Steuerträger nicht zum Bewußtsein kommen, da er das, was er an Landesgebäudesteuer weniger zu zahlen hat, an Zuschlägen mehr zu zahlen haben wird; ja vielfach wird die Erhöhung dieser Zuschläge die Ermäßigung der Landesgebäudesteuer übersteigen, die Gesamtleistung des Steuerträgers daher höher sein, als die von ihm bisher tatsächlich geleisteten Zahlungen. Das ist aber nicht die Landessteuer, sondern das sind die Zuschläge der Gemeinden und der Bezirke.

Um die Mittel zur Fortführung des Landeshaushaltes ohne neuerliche Belastung der Bevölkerung zu gewinnen, hat sich der Finanzausschuß nach langwierigen Verhandlungen auf zwei Vorschläge geeinigt:

1. auf die Einziehung des bisher den Gemeinden außer Graz gebührenden Teiles des Zuschlages zu den Übertragungsgebühren des Bundes und

2. auf die Einziehung eines Teiles der Abgabenertragsanteile der Gemeinden Steiermarks mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz zugunsten des Landes sowie zur Bildung eines Gemeindeausgleichsfonds.

Was zunächst die Änderung der Bestimmungen über die Verteilung des auf Grund des Gesetzes vom 30. Dezember 1924, LGBL. Nr. 10 aus 1925, eingehobenen Zuschlages zu den Bundesübertragungsgebühren betrifft, so stand diesen Gemeinden bisher der Anspruch auf 40 Prozent des um die Vergütungsgebühr des Bundes und auf einen 10prozentigen Regiebeitrag des Landes verminderten Zuschlages zu den Bundesübertragungsgebühren zu. Diese Beteiligung der Gemeinden war naturgemäß keine dauernde Einnahmsquelle, mit welcher die einzelne Gemeinde rechnen konnte, da namentlich in kleineren Gemeinden jahrelang keine Übertragungen stattfanden, an denen die betreffende Gemeinde finanziell beteiligt war. Andererseits aber flossen mitunter beim Abschlusse bedeutenderer Rechtsgeschäfte einzelnen Gemeinden Einnahmen zu, die in gar keinem Verhältnis zu ihren Bedürfnissen standen, weshalb auch das angeführte Gesetz die Landesregierung ermächtigte, anzuordnen, daß der den Gemeinden außer Graz zufallende Ertrag nur bis zu einem bestimmten Betrage für laufende Gemeindeforderungen, der allfällige Rest aber einer Rücklage zugewiesen werde, die einschließlich der erwachsenden Zinsen

für Investitionen oder zur Rückzahlung von Schulden zu verwenden ist.

Eine Abgabe, hinsichtlich welcher zur Hintanhaltung von Unzukömmlichkeiten derartige Bestimmungen getroffen werden müssen, eignet sich schon ihrer ganzen Natur nach nicht als Gemeindeabgabe, so daß ihre Einziehung zugunsten des Landes kaum zu einer Schädigung der Gemeindeverwaltung führen kann.

Einen schärferen Eingriff bedeutet allerdings die Einziehung eines Teiles der Abgabenertragsanteile. Nach der IV. Abgabenteilungsnovelle vom 30. Juli 1925 kann die Landesgesetzgebung bestimmen, daß die den Ortsgemeinden nach dem Abgabenteilungsgesetze zukommenden Teilerträge an gemeinschaftlichen Abgaben bis zum Höchstausmaße von 50 vom Hundert des Anteiles jeder einzelnen Ortsgemeinde dem Land zuzuweisen oder in einem Gemeindeausgleichsfonds anzusammeln sind, aus dem notleidenden Gemeinden besondere Beiträge gewährt werden können. In formeller Hinsicht bestimmt diese IV. Abgabenteilungsnovelle, daß ein derartiges Landesgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Die Möglichkeit der Einziehung von Abgabenertragsanteilen der Gemeinden erschien von vornherein deswegen notwendig, da auf Grund des Abgabenteilungsgesetzes den Gemeinden Einnahmen zufließen, die in keiner Weise den finanziellen Bedürfnissen der einzelnen Gemeinden angepaßt sind und daher viel zweckmäßiger für die Bedürfnisse des Landes oder im Wege eines Gemeindeausgleichsfonds für andere Gemeinden Verwendung finden können.

Die nunmehr vorliegende Fassung des Gesetzentwurfes, die erst nach langwierigen, wiederholt aussichtslos erscheinenden Verhandlungen zustande kam, verschafft einerseits dem Land eine beträchtliche Einnahme und verhindert andererseits durch die Befreiung der Gemeinden mit einem höheren als einem 200prozentigen Gemeindezuschlage von der Einziehung der Abgabenertragsanteile und durch die Bildung eines Gemeindeausgleichsfonds eine allzu starke Beeinträchtigung der einzelnen Gemeindehaushalte.

Wie der hohe Landtag aus den Bedeckungsanträgen des Finanzausschusses entnehmen kann, war es leider nicht möglich, einen vollen Einklang zwischen den Ausgaben und den Einnahmen des Landes herzustellen. Mit Rücksicht auf die herrschende Wirtschaftskrise wage ich nicht zu hoffen, daß die Entwicklung der Steuereingänge sich derart günstig gestalten werde, daß der ausgewiesene Abgang von mehr als 2 Millionen Schilling seine Bedeckung findet. Es wird daher auch im laufenden Jahre notwendig sein, daß die Landesverwaltung alle nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben vermeidet und auf allen Gebieten die gleiche Sparsamkeit betätigt, zu der bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage jeder einzelne gezwungen ist.

Ich muß übrigens anerkennend bemerken, daß

der Finanzausschuß sich bei seinen Beratungen die Notwendigkeit größter Sparsamkeit stets vor Augen gehalten hat und bestrebt war, bei Erstellung des Voranschlages sich den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln anzupassen.

Jedenfalls aber muß ich an den hohen Landtag die dringende Bitte richten, sich bei der Beratung des Voranschlages die schwierige Lage vor Augen zu halten, in der sich die Landesverwaltung befindet und bei der Einzelberatung alle Anträge und Beschlüsse zu vermeiden, durch welche eine Erhöhung der Ausgaben oder eine Verminderung der Einnahmen verursacht würde.

In diesem Sinne bitte ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren, in die Einzelberatung des Voranschlages einzugehen. (Lebhafter Beifall auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses.)

Gjöllner: Hohes Haus! Sowohl der Herr Finanzreferent als auch der Herr Berichterstatter, der das Budget eingeleitet hat, haben gewissermaßen ihren Hauptstolz darein gesetzt, zu erklären, daß mit diesem Budget keine neuen Steuern und keine Steuererhöhungen, ja sogar Steuerherabsetzungen verknüpft seien. Ich muß gestehen, daß ich mich wundere, daß die Vertreter des Landesvoranschlages das als das Wesentliche für die diesmaligen Budgetverhandlungen erklären; denn unserer Auffassung nach wäre mehr zu sagen notwendig gewesen, vor allem deshalb, weil schon fünf Monate dieses Jahres verfloßen sind, bis wir zur Budgetberatung gekommen sind. Wenn wir uns vergegenwärtigen, was das Budget bedeutet, oder besser gesagt, für die öffentlichen Körperschaften bedeuten soll, dann, meine sehr Geehrten, glaube ich, können wir erst ermessen, wie ungenügend die Einbegleitung dieses Budgets für uns war. Ein Budget soll doch das Wirtschaftsgesetz für das nächste, in dem Falle für das laufende Jahr bedeuten, soll einen Überblick über künftige Einnahmen und Ausgaben vermitteln und soll auch vor allem erreichen, daß nicht das zeltliche Auftreten von Bedürfnissen das Budget beeinträchtigt, sondern daß vor allem die Dringlichkeit berücksichtigt wird. Diese Voraussetzungen für ein Budget werden natürlich vollständig hinfällig gemacht, wenn ein Budget erst nach fünf Monaten zur Bewilligung vorgelegt erscheint, und das Budget kann dann natürlich nicht mehr ein Wirtschaftsgesetz sein, das Budget kann uns nicht mehr sagen, was der Finanzreferent in dem Lande in diesem Jahre machen will, machen kann. Es ist eine Zusammenstellung von Ziffern, die zu einem großen Teile schon illusorisch geworden sind.

Der Herr Berichterstatter hat insbesondere auf die schwere wirtschaftliche Notlage hingewiesen. Diese Notlage muß heute von jedermann anerkannt werden, die wirtschaftliche Notlage, die trotz der Sanierung Österreichs und zum Teile wegen der Sanierung besteht. Die wirtschaftliche Notlage in Österreich müßte aber geradezu dazu zwingen, erst recht sorgsam zu budgetieren. Sie müßte dazu zwingen, rechtzeitig den Wirtschaftsplan für das nächste Jahr vorzulegen, damit er rechtzeitig beraten werden kann, damit rechtzeitig alle Maßnahmen fest-

gelegt werden, die im Wirtschaftsleben des Landes von Bedeutung sind oder sein sollen. Gerade in einer solchen Zeit ist es notwendig, auf diese wirtschaftliche Notlage der Landesbürger Rücksicht zu nehmen. Erst eine sorgsame Budgetierung ermöglicht es normal überhaupt, Rücksicht zu nehmen auch auf die Verhältnisse des einzelnen Landesbürgers.

Ein Budget müßte erstellt werden nach zwei Gesichtspunkten: Erstens die notwendigen Ausgaben sicherzustellen und zweitens nur jene Einnahmen und Steuern zu beschließen, die absolut notwendig sind und die durch die wirtschaftliche Lage noch erträglich erscheinen. Eine solche sorgsame Budgetierung, eine solche Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Menschen in der Wirtschaft ist nur dann möglich, wenn rechtzeitig budgetiert wird. Wir aber in Steiermark, wir haben eine solche Sorgsamkeit bei der Erstellung unseres Budgets vermissen müssen, wir haben auch in diesem Jahr wieder durch fünf Monate eine Provisorienwirtschaft getrieben und nicht nur das, wir haben zweimal den Exlerzustand in Steiermark gehabt, wir haben zweimal die Schande in Steiermark erlebt, daß wir nicht einmal ein Budgetprovisorium gehabt haben, daß wir überhaupt einen gescklofen Zustand zu verzeichnen hatten. Das ist nicht nur unserer Auffassung nach unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung unseres Landes mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage, sondern es ist auch unverantwortlich gegenüber der Demokratie, die doch auch hier in diesem Landtage zum Ausdruck kommen soll und deren oberstes Recht darin besteht, das Budget nicht nur zu erstellen, sondern auch kontrollieren zu können. Die Kontrolle wird aber nahezu unmöglich gemacht dann, wenn man fünf Monate dazu notwendig hat, um überhaupt zu einem Budget zu kommen. Diese verspätete Budgetierung bringt zwar in diesem Jahre zufällig keine besonderen Folgen für die Landessteuern mit sich, weil wir keine Steuererhöhungen haben, daher keine Rückwirkung bei den Steuern zu verzeichnen haben, aber wir dürfen nicht übersehen und ich werde später noch darauf zu sprechen kommen, daß die verspätete Erledigung des Landesbudgets doch ihre Auswirkung auf die Landesbürger zeigt. Die Gemeinden sind gezwungen, zu warten, bis ihnen die Umlagen vom Landtage bewilligt werden. Die Bewilligung der Gemeindeumlagen war auch abhängig von der Budgetierung in diesem Lande und nun sind viele Gemeinden infolge der wirtschaftlichen Notlage, der vermehrten Ausgaben, infolge des Dranges, auch im Rahmen der Gemeinde Wiederaufbau zu treiben, gezwungen, die Steuern zu erhöhen. In allen diesen Gemeinden, die gezwungen waren, die Steuern für dieses Jahr zu erhöhen, werden es die Landesbürger, die Gemeindebürger sehr unangenehm empfinden, daß durch die verspätete Erledigung des Budgets die Gemeindeumlagen für die verflossenen Monate nun nachgezahlt werden müssen. Es ist ein schwacher Trost, wenn der Herr Finanzreferent bei der Einbegleitung des Budgets erklärt, daß eine Rückwirkung hinsichtlich der Steuern nicht eintritt, weil wir keine Steuererhöhungen haben. Es ist ein schwacher Trost deshalb, weil durch die Art

der Erstellung dieses Budgets die Gemeinden gezwungen werden, Steuererhöhungen vorzunehmen und auch die Rückwirkung bei den Gemeindesteuern für das laufende Jahr dennoch bestehen bleibt.

Wir haben schon gelegentlich der Verhandlungen des letzten Budgetprovisoriums auf unsere grundsätzliche Haltung und Einstellung zur Aufstellung des Budgets hingewiesen. Wir haben erklärt, daß wir uns vorbehalten werden, auf die Provisorienwirtschaft in der Generaldebatte ausführlich zurückzukommen. Ich möchte nun zu sprechen kommen auf das Echo, das die Erklärung des sozialdemokratischen Landtagsklubs in der Öffentlichkeit, oder sagen wir bei den gegnerischen Parteien, gefunden hat. Die Christlichsoziale Partei, in deren Händen das Finanzreferat liegt und die daher für die Finanzgebarung in unserem Lande verantwortlich ist, hat nun in einer gemeinsamen Gegenerklärung dreierlei Gründe vor allem angeführt, die schuld daran seien, daß das Budget im Landtage nicht rechtzeitig erstellt werden konnte. Vor allem wurde darauf hingewiesen, und das ist zum Teile auch heute geschehen, daß die Anleihe schuld sei. Wir haben festzustellen, daß in dem ordentlichen Budget, das uns vorliegt, nur in einem verhältnismäßig geringen, unbeträchtlichen Teile auf die Dollaranleihe Rücksicht genommen wird, und es wäre außerdem zu sagen, daß man damals, als es notwendig gewesen wäre, das Budget zu erstellen, noch nicht wissen konnte, daß wir im Mai wirklich zu ernstlichen Anleiheverhandlungen und zum Abschlusse der Anleihe kommen werden. Damals konnte der Finanzreferent mit diesem Argument überhaupt nicht rechnen, so daß er einfach ein normales, ordentliches Budget zu erstellen gehabt hätte und die Folgerungen aus der Anleihe durch ein Nachtragsbudget hätte ziehen können. Das wäre der ordnungsmäßige Vorgang gewesen und es ist unserer Meinung nach vollständig unmöglich, sich für die Provisorienwirtschaft auf die Anleihe auszureden. Ich möchte so nebenbei bemerken, daß wir gleichzeitig bei der Behandlung des Budgets auch die Forderung erheben, daß mit möglicher Beschleunigung ein genauer Verwendungsplan über die Anleihe aufgestellt wird und daß gleichzeitig auch ein Plan für den Zinsen- und für den Tilgungsdienst aufgestellt wird, weil der Rahmenentwurf, den wir bis heute haben, für eine demokratische Kontrolle der Verwendung der Anleihe vollständig ungenügend sein würde.

In der Gegenerklärung der bürgerlichen Mehrheitspartei wurde weiters als Grund für die Verzögerung des Budgets hingewiesen auf die Schwierigkeiten, die sich bei den Umlagen der Stadtgemeinde Graz und der übrigen Gemeinden und Bezirke Steiermarks ergeben hätten. Angeblich sei Kückl vor allem schuld wegen der Gebäudesteuerumlage, weil er so halsstarrig war und dadurch eine Verzögerung in der Erledigung des Budgets herbeigeführt hätte, weil die Sozialdemokraten ein Junktim zwischen Grazer Gemeindebudget und zwischen dem des Landes

hergestellt hätten. In Wirklichkeit war die Sache anders. Schon im Dezember haben die Christlichsozialen bei der Budgetberatung im Grazer Gemeinderat durchblicken lassen oder sogar erklärt, daß sie noch nicht in der Lage seien, das Gemeindebudget durchzulassen. Wir haben die Vermutung, daß es umgekehrt war, daß nicht wir ein Junktim hergestellt haben, sondern die Christlichsozialen es waren, die ein Junktim zwischen Grazer Gemeindebudget und dem Landesbudget hergestellt haben. Wir haben diese Vermutung deshalb, weil über die Gebäudesteuerumlagen der Stadt Graz schon vor geraumer Zeit eine Parteienvereinbarung bestanden hat und daher von dem Augenblick an die Erledigung des Landesbudgets hätte möglich sein müssen, wenn unsere Haltung hinsichtlich der Grazer Gebäudesteuerumlagen die Ursache für eine Verzögerung des Landesbudgets gewesen wäre. Es war aber anders. Es fanden Parteienverhandlungen statt und es wurde dabei ein Einverständnis erzielt. Dann kam aber im letzten Augenblicke der Herr Pistor, hinter dem die Bauernbündler stehen und der nun einen Sturm gegen diese Gebäudesteuerumlagen der Stadt Graz entfesselt hat. Allerdings einen Sturm von nicht sehr großer Bedeutung, einen Sturm im Wasserglase, aber doch einen Sturm, vor dem die ganze Christlichsoziale Partei außerordentlich Angst gehabt hat (Oho!-Rufe bei den Christlichsozialen. — Riemer: „Das ist wohl nur Einbildung, nur Größenwahn!“), einen Sturm, vor dem die Christlichsozialen sofort eingeknickt sind und durch ihr Verhalten in der ganzen Frage der Gebäudesteuerumlagen bewiesen haben, daß sie eine große Angst vor dem Pistor haben, weil ja sofort die Christlichsozialen, angeregt durch diesen Sturm, von ihrer Parteienvereinbarung zurückgetreten sind und dann letzten Endes der Herr Finanzminister Kolmann persönlich nach Graz gekommen ist und sein Veto gegen die Umlagen von Graz eingelegt hat, der Finanzminister, der der Gemeinde Graz die 4000fache Umlage nicht bewilligen wollte, während er in seiner eigenen Gemeinde ein wesentlich Höheres an vielfachem vom Zinse als Gebäudesteuer einhebt.

Es war so, daß der Hausbesitzersturm mit dem Pistor an der Spitze die Christlichsozialen so eingeschüchtert hat, daß nicht nur der Finanzminister gekommen ist, sondern auch ernstliche Schwierigkeiten in dieser Frage mit der Christlichsozialen Partei entstanden sind, nicht deshalb, weil die Sozialdemokraten, sondern weil die Christlichsozialen von der Parteienvereinbarung zurückgetreten sind. Es kann daher unter keinem Umstande die Rede davon sein, daß die Sozialdemokraten und ihre Haltung in der Frage der Gebäudesteuer in Graz schuld an der Verzögerung in der Erstellung des Landesbudgets sein können. (Riemer: „Ihr Pharisäer!) Es wurde dann neuerlich eine Vereinbarung erzielt, und wir haben trotzdem sogar einen Exlex-Zustand in Steiermark gehabt.

Als weitere Streitfrage, als parteipolitische Frage,

wie sie Herr Abg. Spak als Berichterstatter genannt hat, während wir der Meinung sind, daß es lediglich wirtschaftliche Fragen sind, wurde angeführt, die Bewilligung der Umlagen für die Gemeinden und Bezirke. (Riemer: „So ist es!“) Die Christlichsoziale Partei als verantwortlich für das Finanzreferat hat sich als Hüterin der Sparsamkeit in den Gemeinden, als Beschützerin der Steuerträger aufgespielt und in der Erklärung, die veröffentlicht wurde, wurde zum Ausdruck gebracht, „wir wollen die Gemeindegewähler schützen gegen die verschwenderischen Sozialdemokraten (Riemer: „So ist es auch! Da haben Sie den Nagel auf den Kopf getroffen!“), daß sie eine schlampige Gemeindegewirtschaft betreiben“. (Unruhe.) Haben Sie nur Geduld, ich werde darauf zurückkommen. Ich möchte vor allem feststellen, daß es sich, ich werde das noch später beweisen, den Christlichsozialen darum handelt, die Auswirkung der Demokratie in den Gemeinden auf dem Lande zu korrigieren, daß es der Christlichsozialen Partei unangenehm ist, daß so viele Wähler die Verwaltung in die Hände der Sozialdemokraten stellen, und daß die Christlichsozialen versuchen, aus Gegnerschaft gegen die Sozialdemokraten den Gemeinden Schwierigkeiten zu machen. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Das ist unserer Auffassung nach das Entscheidende an der Haltung der Christlichsozialen Partei. Die Aufgeregtheit beweist nur, daß sie sich getroffen fühlen. Wenn sie nicht im Innersten verletzt sein würden, würden sie nicht aufschreien, wenn man davon spricht. (Oho!-Rufe bei den Christlichsozialen.) Ich möchte auch ziffernmäßig beweisen, daß es ihnen nicht um Sparsamkeit in den Gemeinden zu tun ist, ob dem Gemeindegewähler etwas erspart wird. Sie behaupten, es handelt sich um die Umlagenhöhe. Das war nach ihrer Erklärung das Entscheidende. Wie ist es in Wirklichkeit? In Wirklichkeit hat der christlichsoziale Finanzreferent in diesem Jahre bei diesem Budget eine Vorlage eingebracht, wonach allen Gemeinden 50 Prozent ihrer Anteile an den Bundesabgaben genommen werden sollen. (Wallisch: „Das ist ein Raub!“) Es hat eines schwierigen Kampfes bedurft, um zu erreichen, daß wenigstens die Gemeinden, die am allerschwersten zu kämpfen haben, von dieser Einziehung verschont blieben. Es ist ein merkwürdiger Schutz der Gemeindegewählerschaft, wenn man auf einer Seite die Umlagen nicht bewilligt, die doch nur zeigen, daß die Gemeinden bestrebt sind, die Schwierigkeiten, die der Krieg gebracht hat, zu überwinden. Es ist kein Schwindel, wenn man sagt, man will die Gemeindegewähler gegen Überbesteuerungen schützen, wenn man gleichzeitig hergeht und die Landesfinanzen saniert mit dem, was man den Gemeinden wegnimmt. Ich bezweifle nicht, daß es eine Menge von Gemeinden gibt, die keine Umlagen einheben, weil sie eine engstirnige Ersparungspolitik auf Kosten des Wohles der Gemeinde, der Bevölkerung betreiben, und daß es gerecht ist, wenn man diesen Gemeinden einen Teil der Abgaben wieder wegnimmt. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß wir auf der anderen

Seite eine viel größere Zahl von Gemeinden haben, die durch wirtschaftliche Verhältnisse gezwungen sind, höhere Umlagen einzuheben, um so mehr, weil der Bund auf der anderen Seite immer wieder die natürlichen Einnahmen wegnimmt, ihnen die Möglichkeit nimmt, eigene Gemeindesteuern einzuheben. Es ist daher keine Ersparungspolitik, wenn man auf der einen Seite über die Umlagenhöhe der Gemeinden streitet und andererseits die Gemeinden durch ein Landesgesetz zwingt, die Umlagen für das nächste Jahr zu erhöhen, weil man ihnen die budgetierten Einnahmen zum Teile wegnimmt und so ein Loch in der Gemeindekasse schafft, das man aber nicht verstopfen darf, weil dann der Landpsrat R i e g l e r die Erhöhung der Umlagen, die durch die Finanzpolitik des Landes notwendig waren, nicht gestattet.

Berehrte Mitglieder des hohen Hauses! Ich bin der Meinung, daß es nicht möglich wäre, mit der Verteidigung der Gemeindefinanzen in einer Versammlung besonders zu brillieren, wohl aber wäre es ohne weiteres möglich, mit Ihren Argumenten einen demagogischen Erfolg in einer Volksversammlung zu erzielen. Ihre Zwischenrufe sind fürs Fenster bestimmt, für die, welche draußen sind, damit Sie den Leuten vorhalten können: „da schaut's her, was unser Finanzreferent im Lande für ein fiescher Kerl ist (R i e m e l m o s e r: „So ist es! — Heil P r i s c h i n g!“), er bringt eine Steuererniedrigung, obwohl er gleichzeitig die Gemeinden zu Steuererhöhungen zwingt“.

Es hat schließlich das „Volksblatt“ und das Communiqué des christlichsozialen Klubs darauf hingewiesen, daß es Aufgabe für alle Parteien, welche in die Landesregierung eintreten, sei, die Aufgaben der Landesregierung gleichmäßig zu erfüllen und auch hiefür die Verantwortung zu tragen. Ich glaube, daß es Ihnen sehr angenehm sein würde, wenn die Sozialdemokraten die Verantwortung für die Finanzpolitik der Mehrheit des Landtages übernehmen würden, aber für so naiv dürfen Sie weder uns noch die Bevölkerung halten, daß sie nicht genau weiß, wen die Verantwortung trifft. Es liegt nicht in unserem Belieben, daß wir in die Landesregierung eintreten. Es ist die Verfassung, die uns auch zwingen würde, in die Landesregierung einzutreten. Aber eines steht fest, daß in der Landesregierung die Geschäfte ressortmäßig aufgeteilt sind und auch die Verantwortung ressortmäßig zu verteilen ist. (R i e m e l m o s e r: „Gibt es keine Abstimmung dort?“) Es ist ganz klar, daß kein vernünftiger Mensch den Sozialdemokraten zumuten wird, daß sie die Verantwortung für ein Referat übernehmen, das sie nicht bearbeiten, bei dem sie nichts dreinzureden haben, in das höchstens der Landtag selbst dreinreden kann. Es würde Ihnen gefallen, wenn die Sozialdemokraten die Verantwortung für die Beraubung der Gemeinden übernehmen würden, wenn die Sozialdemokraten die Verantwortung dafür übernehmen würden, daß die Übertragungsgebühren für das Land weg-

genommen werden. Es würde Ihnen gefallen, wenn die Sozialdemokraten die Verantwortung dafür übernehmen, was der Landeshauptmann als Vorsitzender des Landeschulrates macht (R i e m e l m o s e r: „Das verantwortet er schon selbst!“) und es würde Ihnen sehr gut gefallen, wenn die Sozialdemokraten die Verantwortung für Ihre sozialpolitische Haltung in der Landesregierung übernehmen würden. Aber Sie dürfen weder uns noch irgend jemanden von der Bevölkerung für so naiv halten, daß er wirklich glaubt, daß es möglich wäre, den einen wirtschaften zu lassen und dem andern die Verantwortung aufzubürden. Hohes Haus! Ich meine, wenn man so vor allem die Politik ansieht, die dieses Finanzreferat gegenüber den Gemeinden betreibt, und die die christlichsoziale Mehrheit gegenüber den Gemeinden betreibt, dann kommt man zu der Meinung, als ob die christlichsoziale Mehrheit der Überzeugung wäre, daß für die Gemeinden die Schuldenwirtschaft das allerbeste ist. Es wird den Gemeinden verwehrt, ordentlich zu budgetieren und jenen Prozentsatz an Umlagen einzuheben, den sie für die ordentliche Gemeindegebarung brauchen, und gleichzeitig werden auf der anderen Seite ihnen Steuern weggenommen. Was soll ihnen übrig bleiben, als Schulden zu machen? Der Zustand, über den sich mit Recht so viele aufgehalten haben, daß die Gemeinden vor der Kriegszeit überschuldet waren, würde neuerlich hereinbrechen, wenn wir der christlichsozialen Mehrheit des Landtages freie Hand gegenüber den Gemeinden lassen würden. Wenn wir uns wehren, daß den Gemeinden so viele Einnahmen weggenommen werden und die Steuereinhebung gedrosselt und unmöglich gemacht wird, so tun wir nicht mehr und weniger, als daß wir uns für die Aufrechterhaltung der Demokratie einsetzen, weil wir auch für die Gemeinden das verteidigen, was sie zum Leben notwendig haben. Wir haben zum Beispiel die Gemeinde Graz, die ein besonderes Vergleichsobjekt darstellt. Es gibt keine Landeshauptstadt in ganz Österreich, die so schlecht vom Lande behandelt wird als die Landeshauptstadt Graz. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) In den anderen Ländern kommt man den großen Gemeinden besonders entgegen, weil man genau weiß, daß die großen Gemeinden mit den großen Menschenansammlungen ganz besondere Bedürfnisse zu befriedigen haben. (G a ß: „Besonders Wurf- und Sägebetriebe!“) Ich möchte nur darauf verweisen, daß z. B. die anderen Landeshauptstädte einen viel höheren Ertragsanteil an der Lohnabgabe haben als Graz. Wenn wir die einzelnen Steuergattungen durchsehen würden, so würden wir finden, daß vielfach dasselbe bei den anderen Steuern zu finden ist, und wir beinahe versucht wären, zu sagen, daß die Finanzpolitik, die darauf ausgeht, den Gemeinden Geld wegzunehmen, um sich zu sanieren, auch eine konsumenten- und industriefeindliche Politik darstellt.

Nun möchte ich noch einige Worte hinsichtlich der

Budgetkontrolle sagen. Ich möchte sagen, daß es auch notwendig ist, daß unser Budget zeitgerecht vorgelegt wird, deshalb, weil es nur dann möglich ist, eine zeitgerechte Budgetkontrolle auszuüben. Wir haben zwar in Steiermark feststellen können, daß das Finanzreferat die Budgetkontrolle bestimmt nicht leicht macht, sondern, daß es vielmehr alles eher tut, um die Budgetkontrolle zu erschweren. Es wurde z. B. in der ersten Sitzung des Finanzausschusses, in der man sich mit dem Budget beschäftigt hat, das war am 8. Dezember vergangenen Jahres, vom Parteigenossen Wallisch darauf hingewiesen, daß uns auch der Rechnungsabschluß für das Jahr 1924 vorgelegt werden soll, damit wir an der Hand desselben wenigstens einigermaßen in der Lage sind, auch den Voranschlag rechnerisch zu kontrollieren. Es sind seither beinahe sechs Monate vergangen, ohne daß wir den wiederholt ungenutzten Rechnungsabschluß für 1924 bekommen hätten.

Wenn man sich nun nur eine Ziffer aus den Erläuterungen ansieht, wo ein Überschuf von 2,4 Milliarden für 1924 ausgewiesen ist und ein Überschuf von 5,2 Milliarden gegenüber dem Voranschlag von 1924, dann kommt man beinahe zu dem Verdacht, daß es unser Finanzreferent nicht darauf abgesehen hat, das Budget möglichst klar zu machen, möglichst durchsichtig zu machen, sondern sich bemüht, das Budget möglichst zu verschleiern, alles möglichst in Dunkel zu hüllen, damit die Vertreter der Bevölkerung nicht in der Lage sind, auch wirklich nachzuprüfen (Riemer: „So wie es die sozialdemokratischen Gemeinden beim Voranschlag machen!“), wie der Voranschlag beschaffen ist. Aus diesem Grunde unterbreiten wir einen Beschlufsantrag mit folgendem Wortlaut (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß der Landesvoranschlag jeweils spätestens acht Wochen vor Jahreschluß im Landtage eingebracht wird. Der Rechnungsabschluß des Landes für das vorangegangene Gebahrungsjahr ist spätestens gleichzeitig mit dem Landesvoranschlag dem Landtage vorzulegen.“

Wir sind der Meinung, daß dies ein Antrag ist, dem zu entsprechen ohne große Mühe möglich sein muß, nur sind wir der Meinung, daß auch die anderen Parteien diesem Antrage zustimmen werden, damit so vielleicht doch erreicht wird, daß auch in Steiermark ordnungsmäßig budgetiert wird. Es war verständlich, wenn in früheren Jahren, nach dem Umsturze, nicht ordnungsmäßig budgetiert werden konnte, weil die Inflationszeit dies unmöglich machte, aber wir haben seit einigen Jahren eine stabile Krone, die es möglich machen sollte, das Budget den Voranschlag rechtzeitig dem Landtage vorzulegen. Wir hoffen, daß wir vielleicht durch unseren Antrag herbeiführen werden, daß in Zukunft wieder ordnungsmäßig budgetiert wird, auf alle Fälle machen wir Sie aber darauf aufmerksam, daß unsere Partei in den kommenden

Jahren nicht mehr gewillt sein wird, durch fünf Monate Provisorien zu bewilligen, sondern darauf bestehen wird, daß rechtzeitig budgetiert wird.

Wenn wir nun einiges zu dem sagen, was das Budget für das heurige Jahr erfüllen soll, so müssen wir sagen, daß mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Kollage unseres Landes auch das Land bemüht sein müßte, Arbeit zu schaffen, um so mehr, als es andererseits wieder ein Bedürfnis der Bevölkerung und der Wirtschaft in diesem Lande wäre, daß beispielsweise die Straßen hergestellt würden oder daß Bahnen ausgebaut würden. Wenn wir nun nach der Richtung die Politik unseres Finanzreferenten ansehen, dann müssen wir sagen, daß sie eine beinahe vollständig negative, nur eine aussichtslose ist. Es hat beispielsweise der Referent für Straßenwesen, Herr Landesrat Paul, dem Finanzausschuf einen Plan vorgelegt, wie der Ausbau und die Ausbesserung unseres Straßennetzes vor sich gehen könnte. Ich muß gestehen, daß wir alle den Eindruck gehabt haben, daß der Herr Referent gewillt war, dieses Programm auch wirklich durchzuführen; der Herr Straßenreferent ist aber verkräftet worden auf die Dollaranleihe, obwohl wir der Meinung sind, daß wir es nicht werden machen können, ohne Mittel aus dem ordentlichen Budget zu verwenden, die Straßenzustände in Steiermark zu verbessern. Wenn wir das Budget ansehen, so müssen wir sagen, daß wir entweder gar nichts oder nur Posten finden, die sehr geringfügig sind, wenn man sie darauf prüft, ob sie geeignet wären, der Wirtschaft im Lande vorwärts zu helfen. Der Herr Finanzreferent hat durch seinen Bericht gewissermaßen das Budget so dargestellt, daß es vor allem Aufgabe sei, zu sparen, zu arbeiten und zu sparen. Wir sind der Meinung, daß man nicht nur sparen soll, und nicht nur vom Sparen und Arbeiten reden soll, sondern daß man auch wirklich arbeiten soll, daß auch wirklich aus dem Landesbudget die Mittel für Arbeiten zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich weiß nicht, ob es nicht wünschenswert wäre, eine Gebäudesteuererhöhung vorzunehmen und dafür diese gänzlich zur produktiven Arbeit zu verwenden, um den Arbeitslosen und den Bedürfnissen der Wirtschaft in unserem Lande Rechnung zu tragen.

Wenn wir so die Wirtschaftspolitik des Finanzreferates ansehen, müssen wir sagen, daß dieses selbst eigentlich gar nicht aktiv vorgeht, sondern daß es sich höchstens darauf beschränkt, einen kleinen Teil jener Summen zu bewilligen, die von den einzelnen Referenten beansprucht werden, oder aber zu erklären, wir haben das Geld nicht.

Wenn wir uns das Budget ansehen, welches uns in diesem Jahre vorgelegt ist, so sehen wir, daß das einzige größere Projekt, welches geeignet sein soll, unserer Volkswirtschaft im Lande zu helfen, das Projekt für die Milchwirtschaftsförderung ist, welches vom Herrn Landesrat Winkler vorgelegt werden soll. Es ist Ihnen bekannt, daß der Herr Landesrat Winkler, ich möchte sagen in dankenswerter Weise, ein Exposé über die Milchwirtschaftsförderung ausgearbeitet hat. Wenn wir

uns nun dieses Projekt ansehen, müssen wir gleichzeitig sagen, daß eigentlich auch dieses Projekt ungenügend ist, und zwar deshalb, weil es sich weniger um die Hebung der Milchproduktion als um eine Organisation der Verwertung der Milch und der Milchprodukte handelt. Wir sind grundsätzlich Anhänger der milchwirtschaftlichen Förderung sowie Förderung jeder Maßnahme, die geeignet ist, das Wirtschaftsleben in Steiermark zu befruchten, aber wir stehen selbstverständlich auch diesem Projekte kritisch gegenüber. Wir stimmen zu, daß dieses Projekt geeignet sein kann, den Absatz und die Verwertung durch die Genossenschaft zu organisieren, aber unserer Auffassung nach wird dies allein eine Hebung der Milcherzeugung im Lande nicht herbeiführen. Es mag beitragen, die Milchwirtschaft im Lande zu fördern, auch den Milchertrag zu heben, aber gleichzeitig muß doch damit eine Förderung der Viehzuchtgenossenschaften vor sich gehen, um die Milchleistung unseres Viehstandes zu heben; andererseits müßte gleichzeitig auch der Futterbau gefördert und müßte vor allem die Bahn freigemacht werden für die Weidewirtschaft unserer Bauern, dort, wo ihm die Gesetzgebung noch Schranken auferlegt. Es muß daher nicht nur ein Milchwirtschafts-Förderungsprogramm aufgestellt werden, ein Programm, um den Absatz genossenschaftlich zu organisieren, sondern es müssen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, auch die Milcherzeugung zu heben. (Riemer: „Das haben Sie schon wiederum verschlafen!“) Ich möchte auf eines aufmerksam machen. Wenn auch das Programm bisher dem Landtage noch nicht offiziell vorliegt, sondern nur einiges wenig bekannt ist, daß nämlich bei der ganzen Milchwirtschaftsförderung nicht übersehen werden darf, die Milchmengen, die Milchkonsumenten auf dem Lande selbst. Ich möchte da aufmerksam machen, daß selbst heute schon die Erscheinung zu verzeichnen ist, daß speziell in einzelnen Teilen des Landes, nicht dort, wo der Milchabsatz organisiert ist, in den Städten, wohl aber teilweise auf dem Land, eine Milchnot vorhanden ist. Wir sehen diese Erscheinung im Ennstale und zum Teil in der Weststeiermark (Riemer: „Wo denn? Ich wäre neugierig!“) und besonders dort, wo es einen größeren Sommerfrischenverkehr gibt. Ich meine, daß bei dem ganzen Ausbau der Milchwirtschaftsförderung zu berücksichtigen ist, daß Milch nicht nur in die Städte gebracht wird, sondern daß der Konsum auch am Orte befriedigt wird, weil es heißen würde, das Pferd beim Schweif aufzuzäumen, wenn wir in der Stadt eine Milchüberschwemmung hätten und gleichzeitig eine Milchnot auf dem Lande. Ich möchte auf diese Schwierigkeiten schon heute aufmerksam machen, damit sie von allem Anfang an berücksichtigt werden.

Zusammenfassend möchte ich zu unserem Landesbudget noch einmal sagen, es zeigt uns nicht das, was es soll, es zeigt uns nur, daß das Finanzreferat sich von den Tagesereignissen treiben läßt, und wir halten es für eine unglückliche Budgetpolitik, die sich von den Tagesforderungen treiben

läßt. Weiters müssen wir sagen, daß wir ein Vertrauen zu dieser Mehrheit des Landtages nicht haben können. Was wir ferner noch zu sagen haben, ist, daß wir vor allem darauf bestehen werden, daß in Zukunft mit der Provisorienwirtschaft ein Ende gemacht wird, daß das Budget so rechtzeitig hergestellt werden müsse (Wagner: „Auch in Ihren sozialdemokratischen Gemeinden! Kommen Sie einmal nach Eggenberg hinaus!“), daß die Abgeordneten der Bevölkerung Gelegenheit haben, über die Einnahmen und die Ausgaben des Landes rechtzeitig zu beschließen. Denn, Herr Abgeordneter Wagner, wenn man dieses Recht raubt, hat man dadurch die Demokratie verletzt (Wagner: „Ihre Leute machen in den Gemeinden daselbe, das habe ich in Eggenberg erlebt!“), und wir sind der Meinung, wenn es jemanden gibt, der nicht imstande ist, das Budget rechtzeitig fertigzustellen oder nicht einmal imstande ist, ein Provisorium unter Dach zu bringen, daß solche Menschen dann schon zur Führung des Finanzreferates nicht geeignet sind; das Land ist nicht die Landesregierung und diese kann jederzeit durch eine andere ersetzt werden. Wenn Sie an den verantwortlichen Stellen niemanden Geeigneten haben, dann appellieren Sie an die Wähler, daß Sie nicht imstande sind, eine geordnete Finanzwirtschaft im Hause aufzurichten. Das ist unsere Auffassung von der Demokratie, für die wir immer wieder nachdrücklichst in diesem Landtag eintreten werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Riegler: Hohes Haus! Herr Abg. Gföller hat eingangs seiner Ausführungen wieder in die Kerbe gehauen, in die der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Vorwoche gehaut hat. Er gibt die Schuld an der Verzögerung des Landesbudgets lediglich dem Finanzreferenten des Landes. Nun, da möchte ich zunächst noch einmal feststellen, daß es nicht der Herr Finanzreferent Landeshauptmann Prisching allein ist, der ein Budget erstellen kann, sondern daß die Einbringung Sache der Landesregierung ist (Rufe: „Sehr richtig!“) und daß in der Landesregierung auch Vertreter der Sozialdemokratischen Partei sitzen. (Riemer: „Das ist ihnen ja natürlich bekannt, aber sie wollen nur streiten.“) Demnach ist es nicht angebracht, wenn man schlechthin sagt, der christlichsoziale Landesreferent, oder die vorhandene Landtagsmehrheit, hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit dafür zu sorgen, daß die Dinge im Lande in Ordnung gehen. Mittelbar Schuld an der Verzögerung ist vielmehr das Verhalten der sozialdemokratischen Partei, das die Verhandlungen immer behindert hat.

Und nun sehr geehrte Damen und Herren, spricht die Instanz Riegler. (Rufe: „Hört!“ — Heiterkeit!) Dieser Ehrentitel wurde mir im August des vorigen Jahres vom „Arbeiterwille“ taxfrei verliehen (Heiterkeit) und ich bin unbescheiden genug, diesen Titel anzunehmen und auch anzuerkennen. Der Herr Abg. Gföller hat in seinen Ausführungen darauf verwiesen, daß wir, die Christlich-

soziale Partei, es uns angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß bestimmte Gemeinden sparsam wirtschaften sollen. Es freut mich, daß ich heute nicht wieder das Wort vernommen habe von der systematischen Unterdrückung der sozialdemokratischen Gebietskörperschaften. Aber hohes Haus, ich muß heute schon wieder meine Haltung in dieser Sache ein wenig begründen, indem ich gewisse Vorkommnisse, die sich in der letzten Zeit in einzelnen Gebietskörperschaften, in Bezirken und Gemeinden ereignet haben, vorführe und unsere Haltung damit begründe.

(Präsident Regner übernimmt den Vorsitz.)

Ich beginne mit Mürzzuschlag. Die Bezirksvertretung Mürzzuschlag hat es für zweckmäßig erachtet, ein Amtsgebäude für den Bezirk zu errichten und dieser Umstand hat eine nicht unberechtigte Bewegung im Bezirke hervorgerufen, so daß wir genötigt waren, diese Sache gründlich zu untersuchen. (Machold: „über einstimmigen Beschluß!“) Ja es war ein einstimmiger Beschluß, meinerwegen, meine Damen und Herren, das gebe ich zu, aber wir haben immerhin später gefunden, daß diese Einstimmigkeit viel zu wünschen übrig gelassen hat. Hohes Haus, die Sache hat tatsächlich auch für uns etwas ergeben, wodurch es notwendig war, die Geschichte gründlich zu untersuchen. Und da haben wir gefunden, daß es dem Bezirke Mürzzuschlag in einem Jahre möglich gewesen ist, aus seinen Eingängen, die doch nur aus den Umlagen und der fünfprozentigen Lohn- und Gehaltsabgabe bestehen, offenbar auf Kosten der Straßenerhaltung einen Betrag von 900 Millionen Kronen zu ersparen. (Prisching: „Das ist ein Finanzminister, ein Finanzgenie.“ — Mutsch: „Ein Bezirksfinanzgenie!“) Das war die Grundlage dafür, daß man zur Ansicht gekommen ist; jetzt kann der Bezirk ein Amtsgebäude errichten, und damit hat man angefangen zu bauen. Dann ist das Ansuchen gekommen, dem Bezirke Mürzzuschlag die Aufnahme eines Darlehens im Betrage von einer Milliarde zu bewilligen. Wie das in die Bevölkerung gekommen ist, hat alles protestiert, mit Ausnahme der Bezirksvertretung. Alle Parteien, alle Korporationen sind an uns herangetreten und haben erklärt, das ist eine unnötige und überflüssige Geschichte, das hat der Bezirk Mürzzuschlag nicht notwendig. (Oberzauer: „Ihre Parteigenossen haben das doch zugegeben!“) Ich habe mich entschlossen, die Geschichte an Ort und Stelle anzuschauen und bin hinaufgefahren. Ich bin hingekommen um halb 9 Uhr in die Bezirkskanzlei, da war diese zugesperrt. Nun finde ich daneben die Bezirksparkasse, da waren die Herren da und ich habe mich erkundigt, wann man in der Bezirkskanzlei überhaupt vorsprechen kann. Der Erste sagte mir, das weiß ich nicht, der Zweite, den ich fragte, war auch nicht unterrichtet und dann kommt der Dritte und ich fragte: vielleicht wissen Sie, wann ich in die Bezirkskanzlei hineinkommen kann? Der sagte, heute ist Montag, da wird der

Herr Sekretär überhaupt nicht kommen. (Heiterkeit! — Zwischenruf: „Hat er blau gemacht?“) und daraufhin habe ich mich veranlaßt gefühlt, zu fragen, wie oft kommt denn der Herr Sekretär in die Bezirkskanzlei. (Rößler: „Der Sekretär ist ja ein Christlichsozialer!“) Zur Antwort bekam ich: „Wenn es gut geht, viermal in der Woche“. (Riemelmojer: „Dafür aber brauchen sie ein eigenes Haus.“ Wallisch: „Das ist ja einer von den christlichsozialen Angestellten. Blamieren Sie doch Ihre Angestellten nicht!“) Wenn da behauptet wird, daß der Bezirkssekretär einer von unseren Leuten ist, so muß ich sagen, ich streite nicht darüber, aber das Meritum möchte ich feststellen (Heiterkeit! — Wallisch: „Wir Sozialdemokraten sind halt fesche Kerle, wir wollen Euren Leuten nicht wehe tun!“), daß es, wenn er wirklich nur drei oder viermal in der Woche hinkommt, ein Skandal ist. (Unruhe.) Sie bringen mich heute doch nicht aus dem Konzept, ich bitte, ich muß noch fortfahren in der Sache. Nun finde ich bei dieser Gelegenheit, daß das Gebäude, in dem heute die Bezirksvertretung ihre Kanzlei inne gehabt hat, von der Bezirksparkasse des Bezirkes Mürzzuschlag vor ungefähr 20 Jahren erbaut worden ist, ein großes Gebäude, wer von Ihnen kennt nicht die Bezirkshauptmannschaft in Mürzzuschlag. Da ist die Bezirkshauptmannschaft, die Sparkasse und die Bezirksvertretung, und die hat bisher mit dieser Kanzlei das Auslangen gefunden und es ist anzunehmen, daß es nicht unmöglich war, wenn ein derartiger Betrieb ist, daß nur drei oder vier Tage in der Woche notwendig sind, um die Kanzlei zu führen. Die Sache ist also tatsächlich vorgekommen; ich bin hingegangen und habe mir den Neubau angesehen. Er war schon unter Dach, also eine Sache, wo man nichts mehr ändern kann. Aber was habe ich weiter gefunden? Die Pläne sind uns vorgelegen und da sind projektiert gewesen, eine Wohnung für den Obmann, eine Wohnung für den Sekretär, eine Kanzlei für den Obmann und eine für den Sekretär, eine Dienermwohnung, ein Sprechzimmer für den Obmann mit einer Grundfläche von 30 Quadratmeter (Ruschak: „Stimmt nicht!“) — was schließlich für die 14 Leute in der Bezirksvertretung schon ein Sitzungssaal sein könnte — und ein Sitzungssaal mit 60 Quadratmeter. (Zwischenruf: „Ein Tanzsaal!“ — Ruschak: „Lauter Kanzleien für das Fürsorgeamt, keine einzige Wohnung!“). Ich kann nicht so ausführlich werden, weil der Herr Präsident sonst vielleicht sagen würde: „Hör auf!“ Kurz gesagt, die Sache ist die: der Bezirk hat eine Milliarde Schulden kontrahiert bei der Bezirksparkasse, die müssen wir bewilligen. Da haben wir uns gesagt, „nein,“ denn das geht nicht an, daß man die Landesregierung jetzt wieder vor eine vollendete Tatsache stellen mußte. Ein Kinosaal ist im Jahre 1913 gebaut worden, von einem dortigen Unternehmer und ausgerechnet wurde an diesem Saale das Bezirksgebäude, und zwar auf der

anderen Seite wieder mit einem Kinosaal auf Kosten des Bezirkes gebaut, weil man den Sitzungssaal so bestimmt nicht braucht, ein Kinosaal mit 90 Quadratmeter Bodenfläche. Ich frage, wenn man versucht hat, dem entgegenzutreten, hat man da nicht recht gehabt, wenn man sagt, „nein?“ Nun haben wir interveniert und es ist zu einer Parteienbesprechung gekommen, wo der Herr Landeshauptmann dabei war, es waren Vertreter der Mehrheit und der Minderheit, der Herr Abg. Ruschak und der Herr Landesrat Oberzaucher waren auch dabei. Ich rufe dieselben zu Zeugen an, ob ich recht habe, oder nicht. Bei dieser Gelegenheit hat sich ergeben, daß ein Vertreter der Wirtschaftspartei den Bezirksobmann fragte: „Reden wir einmal ganz deutsch. Sie haben das doch nur gebaut, um für Ihre Partei in Würzzuschlag etwas zu schaffen, warum aber haben Sie das nicht von Ihren Parteigeldern gemacht?“ Der Bezirksobmann hat darauf erklärt, die Partei habe kein Geld. (Wallisch: „Gehört das zum Landesvoranschlag?“). Dgraußhin einen Kommentar zu geben, das brauche ich nicht. (Gafß: „Die Pharaonen haben ja auch Pyramiden gebaut, warum also nicht der Bezirk Würzzuschlag ein Amtshaus!“). Ich habe gesagt, man hat uns also in Würzzuschlag mit dieser Sache vor eine vollendete Tatsache gestellt. Nun kommt noch etwas zweites dazu. In der Meinung, daß er nach § 54 des Bezirksvertretungsgesetzes das Recht habe, ohne eine Bewilligung einzuholen, Schulden zu machen, wenn diese Schulden 10 Prozent von der Steuerleistung des Bezirkes nicht überschreiten, hat der Bezirksausschuß, ohne eine Genehmigung einzuholen, weitere Schulden von einer Milliarde gemacht beim Wohn- und Siedlungsfonds, und hat sich zu dem Zwecke vom Steueramt einen Ausweis geben lassen und da muß ich sagen, vorsichtig war man bei der Geschichte nicht, ich will mich sehr mäßig ausdrücken. In der Bezirksvertretung sitzt ein gewesener Steuerbeamter, der, glaube ich, Färbar heißt und der muß es wissen, was der Bezirk vom Steueramt zu bekommen hat. Und das hat das Steueramt dem Bezirksausschuße ausgewiesen, die gesamte Steuerleistung einschließlich der eigenen Bezirksumlagen. Da ist eine Summe von 12 Milliarden herausgekommen und auf Grund dieser Summe hat der Bezirksobmann, im Verein mit seinen Freunden, diese Schulden kontrahiert, obwohl er nicht dazu berechtigt war. Die Steuerleistungen, die er nur in Betracht ziehen hätte können, sind 697 Millionen, ergo hätte der Bezirk 70 Millionen, aber nicht 1000 Millionen Schulden machen dürfen. Jetzt kommen der Bezirksobmann und die Herren und sagen: „Das muß jetzt bewilligt werden.“ Die Leute wissen sich nicht zu raten und zu helfen, das glaube ich. Der Bau war projektiert mit zwei Milliarden, kosten wird er vier Milliarden. (Rufe: „Hört!“) Zwei Milliarden sind gezahlt, eine Milliarde soll jetzt zur Konvertierung kommen, wo wir nicht gefragt worden sind, nämlich die Landes-

regierung, ob der Bezirk diese Schulden machen darf. Jetzt sind wir vor der Tatsache, daß der Bezirk das schuldig ist. Die Landesregierung wird es nicht übernehmen können. Jetzt bleibt noch ein Rest zur Bedeckung bei dieser Sache übrig. Bei dieser einen Sache frage ich Sie, ob die Landesregierung nicht die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hat, das überhaupt abzulehnen.

Wir kommen nach Aflenz. Die Bezirksvertretung hat beschlossen, die Errichtung eines Bezirksjugendamtes. Dieses ist auch infolge des Beschlusses errichtet worden und dafür haben wir im Bezirksvoranschlag 6000 Schilling eingestellt. Von diesen Beträge hat man dem Obmann zuerst 3200 Schilling als Dotierung zuerkannt — sie brauchen eine Schwester, eine Kanzleieinrichtung usw. — und für die eigentlichen Fürsorgezwecke sind 900 Schilling übriggeblieben. (Rufe: „Ganz richtig!“) Wie die Gemeinden des Bezirkes Aflenz, es sind nur sechs oder sieben Gemeinden, das gesehen haben, haben sie erklärt, das können wir anders machen; wir sind für die Fürsorge, aber wir wollen nicht dafür sorgen, daß zuerst der Obmann ausgiebig entlohnt wird und haben den Beschluß gefaßt, es waren dies sechs oder sieben Gemeinden, sich zu einem Zweckverbande zusammenzuschließen und für sich ein eigenes Fürsorgeamt zu errichten, einen Obmann zu bestellen, das wäre gewesen der Gemeinsekretär in Aflenz. Der hätte 600 Schilling bekommen, die Schwester und die Einrichtung wären gleich geblieben, für die Fürsorge wären aber dann noch 2700 Schilling übriggeblieben. (Wallisch: „Gar nichts, weil dieser Verband gar nichts geleistet hat!“) Mitten drinnen nun hat sich etwas ereignet, was ich nicht unbesprochen lassen will. Das Bezirksjugendamt ist mittlerweile vom Jugendamte der Landesregierung genehmigt worden in einer ganz sonderbaren Weise. Eine Kundmachung ist erschienen am 5. März 1925, betreffend die Errichtung einer Ziehkinderaufsichtsstelle. Was wir in der Landesregierung nicht genehmigt haben, hat das Landesjugendamt getan. In dieser Kundgebung heißt es (liest): „Das neu errichtete Bezirksjugend- und Fürsorgeamt Aflenz mit dem Sitze in Thörl wird in Abänderung der hieramtlichen Kundmachung vom 21. November 1919, LGBI. Nr. 165, im Sinne des Gesetzes vom usw., mit dem Wirksamkeitsbeginne vom 1. März 1925, mit den Aufgaben der Ziehkinder- und Kinderarbeitsaufsichtsstelle für den Bereich des Gerichtsbezirkes Aflenz betraut. Graz, am 5. März 1925, Dr. Anton Rintelen eh.“ Ich stelle fest, daß von dieser Kundmachung der Herr Landeshauptmann keine Ahnung und keine Kenntnis gehabt hat, daß der Herr Landeshauptmann auch gar keinen Anlaß gehabt hat, im Namen des Jugendamtes der steiermärkischen Landesregierung eine Kundmachung zu erlassen. Diese Kundmachung war maßgebend dafür, daß das Bezirksjugendamt in Aflenz zu arbeiten angefangen hat, daß der Bezirksobmann, der Bürgermeister von Thörl, der sozialdemokratische Leiter

des Jugendamtes von dort ab bis heute einen Monatsbezug von 270 Schilling bekommt. (Riemer: „Unerhörte Verschwendung von Steuergeldern.“ — Zwischenruf Oberzaucher.) Herr Kollege Oberzaucher, wenn Sie die Kundmachung, die die Landesregierung erlassen hat, durchsehen, werden Sie finden, daß der Herr Landeshauptmann noch nie in einer Kundgebung unterfertigt hat: „Dr. Anton Rintelen“. In diesen Kundmachungen steht einfach „Rintelen, Landeshauptmann.“ Im Konzepte, das ich hier beim Akte habe, ist ausdrücklich vom Ausfertiger dieser Kundmachung dieser Namen hingeschrieben worden, ohne daß in der Regierungssitzung ein Wort davon gesprochen worden ist, noch weniger daß der Herr Landeshauptmann davon Kenntnis gehabt hat. (Oberzaucher: „Das muß man untersuchen!“) Ich gehe weiter (Wallisch: „Fahren wir weiter, wo anders hin!“) und komme zu Bruck, wo wir unbedingt das Jammervollste sozialdemokratischen Größenwahnsinns zu verzeichnen haben. (Lebhafte Heiterkeit!) Ich meine den geplanten Prachtbau da oben, der heute dort unvollendet steht und wo niemand weiß, auch diejenigen nicht, die ihn angefangen haben, was man damit anfangen soll. (Bichl: „Was fangen Sie mit dem Prachtbau „Glückauf“ in Leoben an?“ — Dr. Enge: „Dort sind keine öffentlichen Gelder verwendet worden!“) Ich muß weiterreden. Der verfloßene Bürgermeister und Bezirksobmann von Bruck, der des öfteren zum Finanzreferenten gekommen ist und ihm vorgejammert hat, er könne die Bezirksangelegenheiten unbedingt nicht mehr weiterführen, er müsse Geld haben und es auch gekriegt hat, hat es dann längere Zeit in seiner Brieftasche vergessen gehabt. (Heiterkeit.) In Wirklichkeit hat er vom Landeshauptmannstellvertreter Prisching Gelder herausgepreßt, um über die Schwierigkeiten beim Bau hinwegzukommen. Es ist aus der Sache nichts Gesehites geworden. Ich beneide niemandem darum, der daran beteiligt war. Ich stelle fest, daß weder der Bezirk noch die Gemeinde Bruck deswegen einen Schaden gehabt haben (Wallisch: „Na, also!“), das ist sicher festzustellen, aber vorübergehend hat der Bezirksobmann Bichler tatsächlich Bezirksgelder für diese Geschichte verwendet, das hat er selber zugegeben. (Oberzaucher: „Was hat denn der Bürgermeister von Pernegg getan?“) Ich möchte noch eines bei dieser Gelegenheit sagen. (Gföller: „Sie halten den Polizeidirektor von Graz immer noch, obwohl er die Banknotenfälscher begünstigt hat!“ — Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Riemer: Ihr seid Verleumder und Ehrabschneider!“ — Rufe: „Das lassen wir uns nicht gefallen!“ — Wallisch: „Regen Sie sich nicht so auf!“ — Riemelmoser: „Das tun wir nicht!“ — Leichin: „Die Tatsache bleibt bestehen, Ihr tragt die politische Verantwortung, Ihr seid doch die Fälscher.“ — Riemelmoser: „Die Verantwortung tragt Ihr, Landesrat Resel hat doch gesagt, er

hätte damals schon gewußt davon, er hätte das anzeigen sollen, er hat seine Pflicht nicht erfüllt!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Herren, sich an die Ordnung des Hauses zu halten.

Riegler (fortfahrend): Ich habe mir vorgenommen, möglichst sachlich zu bleiben, ich möchte Sie daher bitten und einladen, mich nicht durch solche Zwischenrufe, wie jetzt einer gefallen ist, zu provozieren, sonst müßte ich anders reden als wie ich die Absicht habe zu sprechen. Ich werde aber auf diese Zwischenrufe zurückkommen. Wir sind noch bei Bruck und da möchte ich eines anbringen, was schon lange für mich ein Bedürfnis gewesen ist. Ich als Referent in Bezirksangelegenheiten — die Stadtgemeinde Bruck geht mich nichts an — hätte alle Ursache gehabt, gegen den gewesenen Bezirksobmann Bichler anders vorzugehen als wie ich vorgegangen bin. Wir haben uns lediglich darauf beschränkt anzuerkennen, daß der gewesene Landtagsabgeordnete, Bezirksobmann und Bürgermeister Bichler durch seine Manipulationen selbst genug gestraft worden ist und haben auf jede weitere andere Verfügung verzichtet. (Oberzaucher: „Er hat sich nicht persönlich bereichert!“) Der Staatsanwalt in Leoben hat in dem Moment, wo der Bericht in der Zeitung gestanden war, sich schon dafür interessiert und ist an uns mit dem Ersuchen herangetreten, wir sollen ihm Aufschluß geben. (Rosenwirth: „Wo anders interessiert er sich gar nicht dafür, da stellt er die Sache gnadenweise ein!“) Wir haben ihm keinen Aufschluß gegeben, wir haben ihn telephonisch in Kenntnis setzen lassen, die Landesregierung wird erst dann in der Lage sein, der Staatsanwaltschaft Auskunft zu erteilen, wenn die Erhebungen und die Untersuchungen abgeschlossen sind. Das war einige Zeit nachher auch der Fall und da habe ich in der Landesregierungssitzung tatsächlich, weil die Staatsanwaltschaft neuerlich an uns herangetreten ist, den Antrag gestellt, den Akt dem Herrn Staatsanwalt zur Einsichtnahme zu übermitteln, weil ich die Ansicht habe, daß der Staatsanwalt das Recht hat, in diesen Akt einzusehen, nachdem er die Zeitungsnotizen gelesen und Gendarmerierelationen bekommen hat. Wenn er dann in den Akt einsehen will, kann ich ihm das nicht verdenken. (Oberzaucher: „Im Falle Huber hat er das nicht getan!“) Und was ist mir nun da passiert? Darum hat man mich schwer angegriffen, obwohl ich erklärt habe, ich habe kein Interesse daran, ob Bichler noch weiter gestraft wird oder nicht, ich will nur dem Rechnung tragen, was das Gesetz vorschreibt. (Leichin: „Aus dem Toten bringen Sie nichts mehr heraus!“) Unmittelbar nach der Regierungssitzung haben die Herren sozialdemokratischen Regierungsglieder meinen Referenten zitiert und haben ihn nahezu vor ein hochnotpeinliches Gericht gestellt und zur Verantwortung ziehen wollen über das, was ich beantragt habe. Da möchte

ich feststellen: Ich bin es gewesen, der den Antrag gestellt hat. Ich bin Mitglied der Landesregierung und bin in dem Momente verantwortlich, wenn ich ein Referat meines Beamten in die Landesregierung bringe, nicht der Beamte. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, wenn für etwas, was ich in der Regierung getan habe, mein Beamter zur Verantwortung gezogen wird. Das muß ich ablehnen (Rufe: „Sehr richtig!“), niemand muß sich das gefallen lassen und lasse ich mir das auch nicht gefallen. (Beifall.) Ich bin keine Strohsfigur (Beifall), ich fühle mich als vollberechtigtes Mitglied der Landesregierung und wenn ich etwas getan habe, habe ich es getan. Ich muß also entschieden bitten, in Zukunft mit solchen Sachen nicht mehr zu kommen. Wir kommen nach Leoben. (Zwischenruf: „Geh'n wir weiter!“ — Wallisch: „Glückliche Reise!“ — Kiemer: „Nur langsam voran!“ — Muchitsch: „Das Kiemer nachkommen kann!“ — Kiemer: „Und der Bürgermeister von Graz!“) In Leoben geht es mir mit der Bezirksvertretung nicht recht. Der Bezirk Leoben hat auch für das Jahr 1926 einen Voranschlag beschlossen. Ich muß konstatieren, daß in dem Voranschlag unbedingt der Bezirk seinen finanziellen Verpflichtungen nachgekommen ist, hinsichtlich der Straßenerhaltung. Für die 21 Kilometer lange Bezirksstraße, die der Bezirk zu erhalten hat, sind eingesetzt 100.000 S, das sind rund 1 Milliarde Kronen, so daß der Bezirk Leoben in Lage ist, für jeden Kilometer Straße nahezu 5000 S ausgeben zu können. (Rufe: „Hört!“) Kein einziger Bezirk im Lande ist annähernd in der Lage, so etwas zu tun; ich bekämpfe diesen Umstand auf gar keinen Fall, sondern bin darüber erfreut, daß ein Bezirk in der Lage ist, anständige Mittel für die Straßenerhaltung aufwenden zu können. Aber trotz dieser gewiß großen Ziffer für Straßenerhaltung und außerdem noch einer ganz entsprechenden Post für die offene Armenpflege, machen diese Ziffern nur 28,9 Prozent aus, alles übrige muß für etwas Anderes verwendet werden und in erster Linie sind da 90.000 S im Voranschlag enthalten, die dazu dienen sollen, damit der Bezirk in die Lage kommt, Wohnhäuser zu bauen. (Oberzaucher: „Die Wohnungsnot ist groß!“) Nach unserer Anschauung, die wir heute vertreten, ist es nicht Sache des Bezirkes, Häuser zu bauen. Ich habe Ihnen von Müzzzuschlag nachgewiesen, wie widersinnig es ist, etwas zu bauen, was man nicht braucht und wie man da in Kosten hineinkommt, die die Bevölkerung auf Jahre hinaus schwer belasten. Aus diesen Gründen, müssen wir sagen, haben die Bezirke das nicht zu machen. Es ist nicht das Eine allein. Warum will der Bezirk justament in der Stadt Leoben Häuser bauen? Damit er Leute unterbringen kann und vielleicht doch die Sozialdemokraten dort die Mehrheit bekommen, die sie heute noch nicht haben. (Beifall bei den Christlichsozialen: „Schämen Sie sich nicht? So ein Unsinn! Sechs Häuser und die Mehrheit in

Leoben!“ — Wagner: „Wohnungspolitik.“) Der Herr Abg. Bichl zeigt da herauf (auf den Kopf weisend), damit meint er wohl, daß ich zu viel Haare habe. Ich kann da nicht dafür, mir hat sie noch niemand ausgerissen und ausgefallen sind sie mir auch noch nicht. Nun müssen wir sagen, daß es doch nicht angeht, wenn wir in Müzzzuschlag das bekämpfen sollen, daß wir in Leoben es bewilligen sollen, daß der Bezirk parteipolitisch arbeitet. Solche Dinge sollen nicht vorkommen. (Wallisch: „Ist ein einstimmiger Beschluß! Ihre Leute haben überall mitgestimmt!“) Herr Wallisch regen Sie sich nicht auf. Ich kenne den Akt, ich weiß es ganz genau, in der Bezirksvertretungssitzung ist die Sache verhandelt worden und einige bürgerliche Vertreter haben sich dagegen ausgesprochen (Oberzaucher: „Und haben dafür gestimmt!“), dann ist über den Vorschlag in seiner Gesamtheit abgestimmt worden und da haben sie bis auf einen eine einige Meinung gehabt. Ich frage nun, hat die Landesregierung ein Aufsichtsrecht oder nicht? (Prisching: „Ganz richtig!“) Dieser Voranschlag ist dann protestiert worden von solchen Leuten, welche der Meinung sein müssen, da haben wir nichts, wenn Häuser gebaut werden sollen. Was haben die in St. Michael und in Trofaiach und in allen Gebieten, die weiter von Leoben weg sind, davon, wenn der Bezirk auf Bezirkskosten in der Stadt Leoben Häuser baut, zu dem Zwecke, den ich genannt habe. Es ist begreiflich, daß wir ein Aufsichtsrecht haben und daß wir Stellung nehmen müssen. (Gaf: „Auch zum Vorteile der Sozialdemokraten!“ — Oho! Rufe bei den Sozialdemokraten: — Wallisch: „Landesrat Gaf als Patron der Sozialdemokraten!“) Sie berufen sich doch jedesmal darauf. (Widerspruch — Gaf: „Sie strafen Ihre Wähler am allermeisten, sind Sie froh, daß die das nicht wissen, sonst verlieren Sie die halben Stimmen!“)

Gehen wir nun ein klein wenig nach Knittelfeld, Schnellzugstation. Die Stadtgemeinde ist zwar nicht mein Referat, aber man muß manchmal auch dabei sein, wenn es sich darum handelt, gewisse Dinge zu bekämpfen, und da wundert mich wirklich eines. Es ist nicht sehr lange her, daß die Bezirksvertretung in Knittelfeld nicht in der Mehrheit sozialdemokratisch war. Zu dieser Zeit hat die Stadtgemeinde Knittelfeld nicht sehr viele Schulden gehabt. Jetzt finden wir aber, daß die Stadtgemeinde Knittelfeld für 1925 an Zinsendienst und Amortisation einen Betrag von 2 Milliarden zu leisten hat. (Rufe: „Hört!“) Ich meine, für ein Gemeinwesen wie Knittelfeld mit rund 12 000 Einwohnern ist das eine ganz ansehnliche Ziffer. (Prisching: „Unerhörte Ziffer!“) Und wenn wir sehen, daß Knittelfeld für das laufende Jahr wieder 300 Prozent Umlagen nötig hat, so können wir mit dem Umstande rechnen, daß diese Umlagenziffer in absehbarer Zeit sich kaum vermindern wird. Ich möchte bemerken, daß die Stadtgemeinde Knittelfeld es versteht, einen Voranschlag zu erstellen, zu welchem schon ein sehr gewiegter Fachmann gehört. (Prisching: „Sehr verschleiert!“)

Die Stadtgemeinde Knittelfeld ist belastet auf Jahre hinaus mit dem allen, was jetzt schon vorhanden ist. Nun hat der Ortsschulrat in Knittelfeld, beziehungsweise die Stadtgemeinde, beschlossen, ein neues Schulhaus zu erbauen. Es ist unbestritten anerkannt, daß der Bau notwendig ist. Das wird aber für die Stadtgemeinde Knittelfeld leider eine weitere Belastung bedeuten. Was wird aber noch gemacht, nicht nur ein Schulhaus, sondern es wird in dem Schulhaus ein großer Versammlungsraum eingebaut, der schließlich nicht in den Rahmen eines Schulhausbaues liegt. Dagegen hat man in Knittelfeld Stellung genommen, nicht im Ortsschulrat, weil wir dort niemanden haben. Ich möchte bemerken, daß es auch eine eigene demokratische Anschauung ist, daß man bei Bestellung des Ortsschulrates nicht das Verhältnis, sondern nur die Mehrheit anwendet (Wallisch: „Das alte Gesetz, das Ihr noch nicht beseitigt habt!“), so daß man im Ortsschulrat in Knittelfeld keine christlich-sozialen Vertreter mehr darin hat, mit Ausnahme des Religionsvertreters, der schandenhalber noch mitgenommen wird und der, wenn er lauter Gegner vor sich hat, nicht viel reden kann. (Gäß: „Höchstens, wenn er vielleicht Rabbiner wäre!“) Der Ortsschulrat hat beschlossen, die Gemeinde könnte Protest erheben. Das geschieht nicht, und so stehen wir mit der Meinung, daß die dreiviertel Milliarden, die der Saal mehr kosten wird, erspart werden könnten, machtlos der Gegenseite gegenüber. Wenn wir uns fragen, warum man in Knittelfeld so viel an Zinsen und Amortisation zu zahlen hat, so kommt man auf den Gedanken, daß es nicht geschickt und zweckmäßig gewesen ist, daß man in Knittelfeld Einfamilienhäuser gebaut hat, die schließlich und endlich präliminiert waren mit einem Betrage, der hinterher um das Dreifache überschritten worden ist, und daß außerdem eine Belastung resultiert, welche mit den Einnahmen aus diesen 60 Einfamilienhäusern nicht im Verhältnisse steht.

Zeltweg, Schnellzugstation, hat eine 550prozentige Umlage beschlossen. Es ist begreiflich, daß diejenigen, die diese Umlagen zu bezahlen haben, Stellung nehmen und protestieren. Das war mindestens etwas ganz Eigenes. Wir haben die Leute gebeten, nach Graz zu kommen. Sie waren auch hier, und im Momente, wo wir hier zusammengekommen sind, haben der Bürgermeister und die mit ihm waren, erklärt, wir kommen mit weniger aus, wenn wir uns behelfen. Es werden also 370 Prozent endgültig zu bewilligen sein. Wieder ein Beweis dafür, wie sonderbar manchmal in diesen Gebietskörperschaften präliminiert wird. (Prisching: „Leichtfertig!“) Jetzt kommt Rumpitz und Johnsdorf. (Wallisch: „Wann kommt Wehelsdorf an die Reihe?“) Wir haben uns schon genug unterhalten mit Voranschlägen. Jetzt kommt Rumpitz und Johnsdorf. Etwas eigenes ist es schon um den Voranschlag, wie er in der Gemeinde Rumpitz erstellt worden ist. Die Gemeinderatsmehrheit hat beschlossen, für 1926 eine 400prozentige Gemeindeumlage einzuhoben. Die Wirtschaftspartei,

die in dem Verhältnis 4:8 in Rumpitz vorhanden ist, hat dagegen Stellung genommen und hat ausdrücklich in der Gemeinderatssitzung erklärt, daß es unter keiner Bedingung bei allen Zugeständnissen, die sie machen können, notwendig ist, daß mehr als 50 Prozent an Umlagen eingehoben werden sollen. (Riemer: „50 und 400, das ist eine Differenz!“) Das war im Herbst, September 1925. Der Voranschlag ist zu uns gekommen und hier ist er liegen geblieben, da diejenigen, die in der Hauptsache die Umlagen zu bezahlen haben, restlos gegen diesen Voranschlag protestieren. Wir sind lange nicht dazu gekommen, die Sache in Behandlung zu nehmen. Mittlerweile ist der Rechnungsabschluß für 1925 erfolgt (Wallisch: „Das Land hat ihn nicht einmal für 1924 fertig!“) und aus Anlaß des Rechnungsabschlusses haben die Mitglieder der Wirtschaftspartei Kenntnis davon bekommen, daß die Gemeinde sich wesentlich besser steht zur Zeit des Rechnungsabschlusses, als wie es gewesen ist zur Zeit der Voranschlagserstellung. Es sind beispielsweise im Voranschlag als mutmaßlicher überschuß eingestellt S 300,—. Nun hat man beim Rechnungsabschluß schon zu verzeichnen gehabt einen überschuß im Barbetrage von S 4174,— und ein Postsparkassenguthaben von S 1578,—, also eine wesentliche Differenz. Bei dieser Gelegenheit hat man aber weiter konstatiert, daß in der Gemeinde bar vorhanden sind für keinen bestimmten Verwendungszweck, zur Zeit des Rechnungsabschlusses eine Sparkasseneinlage von S 1479,—, eine zweite, auch für keinen bestimmten Verwendungszweck, von S 1848,— und ein Stipendienfonds mit S 1564,—. (Oberzaucher: „Haben Sie nichts für den Blockenfonds eingestellt?“ — Prisching: „Da sage ich nichts!“ — Heiterkeit.) Außerdem möchte ich noch bemerken, ich habe mich selbst überzeugt, die Rechnung befindet sich in tabelloser Ordnung. (Oberzaucher: „Im Gegenteil zu Kleegraben!“) Die Beträge, die genannt wurden, sind restlos vorhanden. Es sind die Sparkasseneinlagen da, alles ist da, aber kurz gesagt, nach den Mitteilungen, welche die Landesregierung von der Wirtschaftspartei in Rumpitz bekommen hat, wäre die Situation so, daß die Gemeinde, wenn den Abstrichen im Voranschlag, die sie beantragt hat, Rechnung getragen würde, und wenn wir alle diese überschüsse, die tatsächlich vorhanden sind, gelten lassen würden, am 31. Dezember 1926 in der Lage wäre, genau den Betrag, den sie als Abgang aufweist, in der Gemeinde zu verteilen, anstatt 400 Prozent Umlage hätte sie 400 Prozent Geld in der Gemeinde verteilen können. (Oberzaucher: „Und Herr Riegler könnte den Wasserbau durchführen!“) Ich sehe ein, sie müssen den Wasserbau machen. Ich bin dafür eingetreten, daß diese Vorlage zumindest aus dem Voranschlag herauskommt. Wenn man 400 Prozent Umlagen beschließt und eigentlich gar keine braucht, dann muß man der Meinung sein, daß es keinen Streit geben kann.

Jetzt kommt noch Johnsdorf, wo ich, um mich objektiv zu äußern, zugeben muß, daß dies eine bedrängte Gemeinde ist. Aber es passiert auch hier

etwas. Der Landtag hat im Vorjahr der Gemeinde Johnsdorf den Voranschlag bewilligt und hat unter anderem auch bewilligt, daß sie eine Rücklage machen dürfe für den projektierten Bürgerschulbau, der auch in absehbarer Zeit noch bestimmt fraglich bleibt. Er hat auch noch andere Dinge bewilligt. Kurz und gut, der Wasserbau ist vergeben, sie müßten sonst vertragsbrüchig werden der Firma gegenüber. Aber eines hätte Johnsdorf nicht machen müssen, und das ist der Hauskauf für ein Kinderheim. Bürgermeister Horvatek hat nicht das Recht gehabt, das Haus zu kaufen, wenn er kein Geld hat, und zu sagen, es wird gezahlt aus dem Voranschlage. Herr Bürgermeister Horvatek hat nach Zeitungsberichten in seiner Antrittsrede erklärt, wir werden es schon machen, wir werden in Johnsdorf alles das herstellen, was bis jetzt nicht gechehen ist, zahlen tun ja doch die anderen. Ich bitte, ein solcher Grundsatz darf nicht maßgebend sein, das wäre sehr einfach, wenn ich sage, ich werde bestellen, zahlen tut der andere. (Gaf: „Aber lustig ist es!“)

Und nun möchte ich den obersteirischen Reigen schließen, obwohl noch manches zu sagen wäre. (Pigl: „Haben Sie über Neumarkt nichts zu sagen?“ — Hartleb: „Wegen Neumarkt werden wir zwei noch reden!“ — Heiterkeit.) Weiters wäre noch zu bemerken, daß bei Bordenberg eine sonderbare Erscheinung zu verzeichnen ist. Da ist ein Voranschlag, nach welchem 320 Prozent Umlagen zu bewilligen sind; ich habe dies nicht als hinderlich bezeichnet, aber zur Illustration der Sache möchte ich kurz folgendes mitteilen. Die gemeindeumlagenpflichtigen Steuern in Bordenberg betragen S 9494,—. Die Verwaltungsauslagen allein in der Gemeinde von S 12 392,— überschreiten demnach die Steuerleistung der Gemeinde um ein Drittel; die Ertragsanteile der Gemeinde sind mit S 33 557,— veranschlagt, für soziale Verwaltungsauslagen S 29 800,—. Wenn wir nun die Ziffern gegenüberstellen, so finden wir, daß ausschließlich die Verwaltung in Bordenberg die Steuerträger zu zahlen haben, nachdem die Ertragsanteile zu etwas anderem verwendet werden, und so ist es in Spital a. S., Donawitz, Eisenerz.

Aber ich möchte mich nun in der Nähe von Graz aufhalten, und zwar in Gösting. Hier wurde im Gemeinderate beschlossen, ein Objekt anzukaufen, um Wohnungen zu errichten. Da sind nun auch Proteste von vielen Seiten eingelaufen, und um mir Klarheit darüber zu verschaffen, wie die Sache aussieht, habe ich mir die Sache in Begleitung des Herrn Landesrates Oberzacher angesehen und habe gefunden, daß die Erwerbung dieser Liegenschaft für die Gemeinde nicht unzweckmäßig wäre; es ist ein geeigneter Platz und die vorhandenen Objekte sind in keinem schlechten Bauzustand. Aber eines habe ich bemerkt, es ist eine größere Haustür da und auf der steht „Freundschaft“. (Heiterkeit und Rufe bei den Sozialdemokraten: „Ihr wollt keine Freundschaft!“) In dem Momente war es für mich gegeben, zur Meinung

zu kommen, daß wir wieder etwas ähnliches, wie in Müritzschlag erleben, daß man eine parteimäßige Einrichtung auf Kosten der Gemeinde errichten will. Das möchte ich nur nebenbei bemerken. Gegen diese Dinge müssen wir Stellung nehmen, wenn gesagt wird, die anderen haben zu bezahlen, die von der ganzen Sache keinen Nutzen haben, da es doch auf die Dauer unmöglich ist, daß wir solche Dinge ohne weiteres weiterhin noch bewilligen.

Und nun ein paar Fälle aus der Weststeiermark. In Köflach haben wir ein Jugendheim (M u c h i t s c h: „Die Vorlage wird erst übermorgen auf die Tagesordnung kommen!“) Ich bitte, Herr Bürgermeister, der Herr Abg. G f ö l l e r hat die Gemeindeumlagen ange schnitten und da nehme ich gleich dazu Stellung. (M u c h i t s c h: „Über das Budget wissen Sie nichts zu sagen!“) Es ist Generaldebatte über das Budget, hätte Herr Abg. G f ö l l e r nicht von den Gemeindeumlagen und von unserer Haltung in der Sache gesprochen, ich hätte nicht davon gesprochen. (Rufe: Sehr richtig! Bravo!) Ich glaube schon, daß der Herr Bürgermeister das einsehen wird, daß ich die erste Gelegenheit benütze, um das anzubringen, was ich gesagt habe, und daß dies notwendig ist, kann die Mehrheit des Hauses überzeugt sein. (W a l l i s c h: „Ist das noch notwendig, die Mehrheit zu überzeugen?“) Ob ich Sie überzeugen kann oder nicht, daran kann mir nichts liegen, aber was ich gesagt habe, mußte einmal gesagt werden. (W i c h l: „Freundschaft!“) Nur das eine möchte ich noch anführen. In Köflach ist ein Kinderheim gebaut worden und das haben in der Hauptsache diejenigen zu bezahlen, die kein Interesse am Kinderheim haben. Es ist ausgeschlossen, daß diejenigen, die umlagenpflichtig sind in der Umgebung von Köflach ihre Kinder in das Kinderheim von Köflach geben. Es ist wunderschön hergestellt und ich glaube, daß unsere Bauern eine Freude daran hätten, wenn sie ihre Kinder unter solchen Verhältnissen unterbringen und erziehen könnten, leider ist das nicht möglich und Sie werden einsehen, daß bei der Richtung, unter welcher das Kinderheim in Köflach errichtet wurde von uns nicht verlangt werden kann, daß wir unsere Kinder dort hineingeben werden.

Die Gemeinde Pichling hat noch unmittelbar vor der Inflationszeit ein Gemeindehaus errichtet, welches sie ziemlich belastet hat, die Baukosten haben beiläufig 260 Millionen Kronen betragen und wenn wir heute in den Voranschlag einsehen, so finden wir eine Einnahme aus diesem Hause mit S 184,—. Ich frage nun, ist das eine Verzinsung, ist das wirtschaftlich? (W a l l i s c h: „Was trägt die Kirche in Pernegg?“)

Schließlich möchte ich bemerken, ich sage nicht, das ist eine sozialdemokratische Wirtschaft, nein, weil ich sehr gut und genau weiß, daß es unter Ihnen sehr vernünftige, wirtschaftlich denkende Leute gibt. (Rufe: „Danke!“) Ich muß feststellen, daß von den beiläufig 100 sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden, die wir im Lande haben, es immer nur einige und immer dieselben sind, mit denen wir zu kämpfen haben und ich sage Ihnen, wenn Sie über-

all solche Personen von Ihrer Partei als Beamte, wie in Mitterndorf im Mürztale, wo ich gestern gewesen bin, hätten, dann würden wir keine wesentlichen Schwierigkeiten haben und die Leute draußen würden sich leichter miteinander verstehen. Darum möchte ich Sie bitten, wirken Sie ein auf ihre Funktionäre draußen in den Gemeinden und ich bitte Sie, die Sie hier sitzen, nehmen Sie ein besseres Verhältnis den anderen gegenüber ein, die gezwungen sind, für die Lasten aufzukommen, die Sie beschließen, dann wird es bestimmt ein besseres Einvernehmen geben.

Nun schließe ich mit einer Bemerkung, die ich schon vor beiläufig zwei Jahren hier gemacht habe: zurück zur alten Ordnung, wer anschafft, der zahlt. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Ich freue mich, daß ich das hohe Haus so (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Gut unterhalten haben!“) festhalten habe können und damit hat die Instanz Riegler geschlossen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Winkler: Hoher Landtag! Wir haben schon anlässlich der Beratung des Budgetprovisoriums unseren Standpunkt in der Richtung kundgetan, daß auch wir es bedauern, daß im Lande Steiermark keine regelmäßige und geordnete Finanzwirtschaft zu erzielen ist, daß jedesmal die Budgetberatung in die Sommermonate verlegt werden muß, und es ist heute seitens der größeren Parteien versucht worden, festzustellen, wer daran schuld sei. Es war in früheren Jahren immer so, daß man getrachtet hat, durch Verhandlungen die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, um möglichst rechtzeitig die Beratung des Budgets in die Wege zu leiten; diesmal wird seit sechs oder sieben Monaten beraten und trotzdem prallen die alljährlich wiederkehrenden Gegensätze aneinander. Es haben die allzulangen Verhandlungen keinen Zweck gehabt, sie haben nur vielfach die Kreditfähigkeit des Landes geschädigt und außerdem die Öffentlichkeit außerordentlich beunruhigt. Es muß allerdings zugestanden werden, daß eine ganze Reihe von Ursachen heuer besonders hemmend mitgewirkt hat. Das Land steht seit eineinhalb Jahren in Verhandlungen wegen Aufnahme einer Anleihe, und es ist klar, daß bei einem Budget, das einen so großen Abgang aufweist, viele Budgetposten enthalten sind, die in das Extraordinarium gehören, respektive zurückgestellt werden müssen, um in einer Anleihe Platz zu finden. Nun ist die Landesanleihe abgeschlossen worden. So sehr es nun belastend für das Land ist, daß es Zinsen und Amortisationen zu zahlen haben wird, so erfreulich ist andererseits die befruchtende Tätigkeit, die vom Zufluß ausländischen Kapitals nach Steiermark ausgehen wird. Es ist kein Zweifel, daß die produktiven Aufgaben, die aus dem Erlös der Landesanleihe geleistet werden sollen, nicht nur den einzelnen Zweigen unserer Landeskultur sehr helfen werden, sondern wir werden sogar allgemein wirtschaftlichen Projekten ganz gewaltig an den Leib rücken können. Von diesem Gesichtspunkte aus kann

auch die Volksvertretung eine derartige Anleihe verantworten, weil wir glauben, daß in einer ganzen Reihe von Abteilungen unserer Landeskultur nützliche und wertvolle produktive Arbeit, geschaffen werden kann. Eine der Hauptstreitfragen, um die es sich gedreht und über die Herr Abg. Gföller schon gesprochen hat, war die Landesgebäudesteuer, die eigentlich die Verhandlungen in der letzten Zeit unter den Parteien gestört hatte und die deswegen auch die Budgetberatung nicht in Fluß bringen lassen wollte. Herr Abg. Gföller hat von einem Sturm des Pistor unter Führung der Bündler gesprochen, und davon, daß die Vereinbarungen nicht gehalten worden sein sollen. Es ist vollständig richtig, daß wir nicht ohne weiteres auch vom Standpunkte als Landtagsfraktion den Vereinbarungen der Rathausparteien zustimmen konnten, und zwar aus prinzipiellen Gründen, aus der grundsätzlichen Erwägung heraus, daß bei einer Erhöhung der Landesgebäudesteuer noch dazu mit einer Stafelung, mit einer 300prozentigen Umlage durch die Gemeinde Graz, selbstverständlich jede Möglichkeit für die Zukunft genommen würde, am Mietengesetz überhaupt etwas zu ändern. Und ich meine, es sind doch Stimmen laut genug geworden, gerade in der letzten Zeit, daß man unmöglich den Zustand, wie ihn das Mietengesetz heute beinhaltet, auf die Dauer aufrechterhalten könne. Weil wir gerade in der Reform des Mietengesetzes einen wesentlichen Hebel sehen, die wirtschaftliche Lage des Staates und des Landes zu verbessern, deshalb waren wir außerordentlich besorgt, wie wir hörten, welche Belastung die Mieter von Graz und schließlich auch von ganz Steiermark durch die Landesgebäudesteuer und die darauf lastenden Umlagen auf sich nehmen sollten. Denn ein Hauptargument, das gegen die Verbesserung des Mietengesetzes angeführt wird, ist, daß die Mieter das nicht zahlen können, daß die Mieter nicht imstande sind, einen halbwegs valorisierten Mietzins auf sich zu nehmen, daß sie verarmt sind, daß durch Inflation und durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit die Mieter nicht in die Lage versetzt seien, einen entsprechenden Mietzins zu zahlen. Auf der anderen Seite aber konstatieren wir, daß die Gebietskörperschaften, Land und Gemeinden, den Mietern Auslagen zumuten, die tatsächlich mit den früheren Argumenten nicht im Einklange stehen. Deshalb meine ich, daß der „Sturm“ Pistor vollständig berechtigt war. Ich will Ihnen auch zugestehen, daß wir den Sturm Pistor sehr unterstützt haben. (Leichin: „Die Kosten werden die Bauern zahlen müssen!“) Herr Abg. Leichin, begeben Sie sich nicht auf das Gebiet, sonst würde ich Ihnen jetzt einen Vortrag halten, ob die Bauern interessiert sind an dieser Frage und ich würde, glaube ich, in der Lage sein, Ihnen den Nachweis zu liefern, daß die Bauern sehr interessiert sind an der Reform des Mietengesetzes. (Leichin: „An der Hausherrenrente in der Stadt?“) Ich glaube also, daß die Bewegung, die die Hausbesitzer durchgeführt haben, selbstverständlich notwendig war, ausgehend

von dem Gesichtspunkte, daß durch eine derartige Steuerpolitik, die zudem noch zur Entwertung der Häuser führen müßte, selbstverständlich jede Änderung des bestehenden Zustandes des Mietengesetzes für alle Zukunft unmöglich gemacht würde. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, warum das Bundesministerium Einspruch erhoben hat. Es ist weiters verständlich, warum in allen Landtagen Stimmen laut wurden, die Regelung des Mietzinses den Landtagen zu übertragen, weil im Nationalrat diese Frage zu einem reinen Politikum geworden ist. (Leichin: „Damit kommen Sie zu einer Valorisierung der Schulden, welche die Bauern zu zahlen haben und werden auf diese Weise die Bauern umbringen.“) Meine verehrten Damen und Herren! Die Verklärungsbestrebungen dürfen uns nicht wundern, denn der Nationalrat kommt in dieser Frage in der Tat keinen Schritt weiter. Diese Frage, diese gewiß rein wirtschaftliche Frage, ist in Wirklichkeit zu einem reinen Politikum gestempelt worden, und es ist bisher kein Schritt nach vorwärts erzielt worden. Ich begreife sehr wohl, daß für die Sozialdemokraten der „Mieterschutz“, dieses für die Wahlen immerhin ganz zugkräftig wirkende Schlagwort, eine unbedingte Notwendigkeit ist. Ich kann Ihnen das nachfühlen, aber ich bekämpfe als Wirtschaftspolitiker die Erscheinung, daß in Österreich jede wirtschaftliche Frage von rein politischen Gesichtspunkten behandelt wird, und daß daher auch schließlich die Bevölkerung unter dem Drucke dieser Tatsache daran zweifelt, daß es eine Besserung geben könne. Ich bin nicht der Meinung, daß beispielsweise die Politik in wirtschaftlichen Unternehmungen nichts zu tun habe, vielmehr bin ich der Meinung, daß die Politik vor die Wirtschaft gespannt werden müsse, ich bin weiters der Meinung, daß Abgeordnete, Volksvertreter, jeder Politiker, der Einblick hat und die Innenzusammenhänge der Politik und der Parlamentsmaschine kennt, sich gezwungen sehen müßte, sich vor den Karren der Wirtschaft zu spannen, aber nicht aus rein parteipolitischen Erwägungen heraus: was wird meine politische Partei bei dieser Angelegenheit bei den nächsten Wahlen für einen Vorteil haben? Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist es, was ich bei dieser Tatsache, bei der Behandlung des Mietengesetzes in Wien auszusetzen habe. (Leichin: „Das ist nur ein Kommentar für die Landesvertretung!“) Ich bin auch ein Anhänger derselben. Meine verehrten Damen und Herren, es ereignet sich jedes Jahr hier im steirischen Landtage, daß wir große Debatten haben. Herr Kollege Leichin, ich komme noch darauf zu sprechen, auf diese Tatsache, auf dieses Hauptargument unseres Programmes, daß wir Vertreter des Bauernbundes tatsächlich in bezug auf die Gestaltung unserer parlamentarischen Verhältnisse eine vollständig andere Einstellung haben. Wir sind auch ganz gute Demokraten, ich sage Ihnen das von vornherein, weil Sie uns vorwerfen, daß jede andere Art von Politik undemokratisch sei. Wir

sind hierin anderer Meinung und ich werde heute noch Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen.

Wir erleben es jedes Jahr, daß anlässlich der Beratung des Landesvoranschlages sich ungeheure Debatten und Auseinandersetzungen wegen der Umlagenbehandlung vollziehen. Nun gebe ich ja zu, daß hier bestimmte Zusammenhänge sind und daß vielfach ein Junktim hergestellt wird. Auf der einen Seite wird gesagt, wir sind bereit, so weit die Schwierigkeiten zu beseitigen, um irgend ein Budget zu ermöglichen, wenn die Gemeindeumlagen in der von den Gemeinden gewünschten Höhe durchgeführt werden. Wir haben das auch heuer gehabt. Gerade unter den gleichen angeführten Schwierigkeiten, die eine geordnete Budgeterstellung verhindern, leidet auch das Bezirksvertretungsgesetz. Auf den Antrag, der von uns eingebracht wurde, haben wir im Interesse einer geordneten Budgeterstellung verzichtet, nämlich darauf, daß dieses Gesetz jetzt zur Behandlung kommt. Wir haben erklärt, wir sind sehr zufrieden, wenn die Sache im Laufe des Jahres einer ersten Beratung unterzogen wird. Nun werden Sie wieder sagen, das geht nicht mit der Änderung des bestehenden Zustandes bei den Bezirksvertretungen, weil das ein Bestandteil der demokratischen Verfassung des Staates ist. Wir haben das lediglich von dem Gesichtspunkte aus beurteilt, daß es möglich sein muß, im Land und Staat und für die gesamte Bevölkerung einen Abbau der Ausgaben herbeizuführen, welche die Produktion ungeheuer belasten. Wir haben zweifellos den Eindruck, und das zeigt gerade die Errichtung der Bezirksvertretung und die Ausführung dieses Gesetzes, daß hier in Steiermark die Verwaltung ganz besonders überbildet ist, daß wir dadurch Ausgaben machen müssen, die nicht unbedingt notwendig wären, daß wir Geld ersparen könnten und daß zweifellos die Belastung der Bevölkerung erträglicher zu gestalten wäre. Wenn wir bei Beratung dieser Anträge jetzt hier unsere Argumentation niederlegen, so möchte ich aber schon jetzt erklären, daß wir selbstverständlich auf die eingehende Beratung dieses Gegenstandes nicht verzichten können, weil wir die Überzeugung haben, daß durch Beendigung des bestehenden Zustandes hier wirklich wertvolle Ersparnisse zu machen sind, ohne daß man Lebensnotwendiges aus der Welt schafft. Nun, wenn wir uns, verehrte Damen und Herren, gerade immer wieder mit der Frage beschäftigen, die so oft von der Autonomie der Gemeinden handelt, die sich mit den Umlagen befaßt, so müssen wir doch auch ganz kurz unseren Standpunkt in der ganzen Angelegenheit begründen. Es gibt eine Reihe von Gemeinden, die tatsächlich gezwungenermaßen daran gehen müssen, sei es durch irgendein Elementarereignis, sei es durch außerordentliche Erfordernisse, die Umlagen auf eine Höhe zu stellen, die vielfach als unerträglich bezeichnet werden muß. Das dauert aber nur einige Jahre und dann ist dieser Zustand wieder beseitigt. Gegen die Bedeckung außerordentlicher Erfordernisse, die begründet sind, kann man nichts einwenden. Wogegen wir uns wenden, ist, daß

diese hohen Umlagen geradezu Schule machen, daß von Jahr zu Jahr die Zahl derjenigen Gemeinden, die Umlagen über 200 Prozent einheben, größer wird, daß Gemeinden und Besitzer in diesen Gemeinden, Landwirte und sonstige Realsteuerträger eine Belastung erfahren, die sie konkurrenzunfähig macht gegenüber den Bewohnern von anderen Gemeinden, daß ganze Gebiete durch die Erhöhung der Bestehungskosten aus der Konkurrenz ausgeschaltet werden, bezw. unter viel schwierigeren Verhältnissen zu arbeiten haben. Wir meinen, daß der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit auch bei den Gemeinden Platz greifen muß und daß alle Fragen, die nicht eine absolute Lebensfähigkeit betreffen, zurückgestellt werden müssen.

Verehrte Damen und Herren! Wenn wir uns von unserem Standpunkte die Ziffern des Landesvoranschlages betrachten, dann finden wir, daß auch wir sehr viele Wünsche und Forderungen, die wir besonders vom Standpunkte der Landwirtschaft gestellt haben, nicht in Erfüllung gehen sehen, daß große Abstriche gemacht wurden bei dem Kapitel für Landeskultur, weil sich eine Tatsache ergibt, die wir schließlich bei allen öffentlichen Körperschaften feststellen können, daß der Sachaufwand verhältnismäßig gering ist und der Personalaufwand überall einen großen, einen übermäßig hohen Anteil aller Einnahmen darstellt. Wir hören, daß im Bundesstaate Österreich von den Einnahmen des Staates gegen 80 Prozent auf Personal- und Verwaltungsauslagen (Schreckenthal: „84 Prozent!“) ausgehen und 20 Prozent tatsächlich als Sachaufwand der Wirtschaft zugeführt werden. Wir können auch bei uns im Lande Steiermark sagen, daß der Sachaufwand verhältnismäßig gering und die Verwaltungskosten und der Personalaufwand relativ hoch sind. Und das ist es, was uns immer wieder stutzig macht und deshalb verstehen meine Fraktionsgenossen es oft nicht, wenn an so wichtigen Teilen des Budgets, im Kapitel zur Förderung der Landeskultur, Abstriche gemacht werden müssen, daß Einschränkungen vorgenommen werden, die sich selbstverständlich darin äußern, daß eine ganze Reihe von Förderungsmaßnahmen einfach nicht zur Durchführung gelangen kann. Der Herr Abgeordnete Gföller hat erwähnt und in seinen Ausführungen dargelegt, daß vor allem das milchwirtschaftliche Programm den systematischen Aufbau der Milchverwertung bilden könnte. Er hat darauf verwiesen, daß die Verwertung der Milch, die Produktion aber allein nicht genügen könne, um zu befriedigen, sondern daß auch die Grundlagen geschaffen werden müssen, um die Produktion selbst zu fördern und zu heben. Nun glaube ich, sagen zu können, daß bei den beschränkten Mitteln, die tatsächlich für diesen Zweck in Steiermark zur Verfügung stehen, in den letzten Jahren verhältnismäßig viel geschehen ist. Bewilligen Sie die Mittel, Sie würden überrascht sein, in welcher kurzer Zeit man imstande wäre, die Ertragnisse in der Landwirtschaft um ein bedeutendes zu erhöhen. Ich

möchte Ihnen nur einige Ziffern sagen, weil man immer von der rückständigen Landwirtschaft spricht. Ich will Ihnen den Nachweis liefern, daß trotz der bedrängten Lage unserer Bauern ein gesunder Fortschritt da ist, der dahin geht, die erprobten Förderungsmaßnahmen anzuwenden, um höhere Erträge zu erzielen. Wir haben nach dem Kriege das Pflanzenbauinspektorat in Steiermark eingerichtet und Sie, die Sie sich für dieses Gebiet etwas interessiert haben, werden mir zugeben, daß dieses Pflanzenbauinspektorat tatsächlich in bezug auf Aufklärung, Versuchstätigkeit und in bezug auf praktische Beratung und Anlagen wirklich viel leistet und ich möchte an der Hand einiger Ziffern nachweisen, daß die Bauern tatsächlich auch das, was sie dort in den Kursen vortragen hören, was sie aus den Beispielen entnehmen können, verwerten und nachahmen. Im Jahre 1922 hatten wir zum Beispiel in ganz Steiermark nur 180 Hektar neue Futteranlagen nach dem System Schubert (Wechselwiese, Kunstfutterwiese) angelegt, im Jahre 1926, also innerhalb von vier Jahren, ist diese Ziffer von 180 auf 1500 Hektar angewachsen. Das ist doch ein großer Erfolg und der legt Zeugnis ab für die fortschrittliche Einstellung unserer Landwirtschaft, wenn sie trotz der Krise darangeht, in der Wirtschaft alles anzuwenden, um den Ertrag zu heben. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Anlage einer Wechselwiese oder einer Kunstfutterwiese heutzutage sehr kostspielig ist, daß die Sämereien und der Kunstdünger beim herrschenden Bargeldmangel wohl Ausgaben sind, wo es sich der Bauer dreimal überlegt, das Geld dafür auszulegen. Wenn heute nun, also im Jahre 1926, 1500 Hektar zur Neuanlage gekommen sind, muß die Sache doch gut sein, muß der Bauer doch Vertrauen zu der Aktion haben und es ist jedenfalls nur ein gutes Zeichen, daß durch das Zusammenwirken von Pflanzenbauinspektorat und Bauernschaft wirklich hier Erfolge erzielt werden. Es ist der Futterbau, die Weidewirtschaft, die Förderung der Apwirtschaft die Voraussetzung für die Hebung der Produktion auch auf dem Gebiete der Milchwirtschaft. Es ist uns das vollständig klar. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir es hier mit Tausenden und Hunderttausenden von Privateinzelwirtschaften zu tun haben, daß es kein sozialisierter Betrieb ist, und daß diese Privatwirtschaften eben nur entwickelbar sind, die Erträge sich nur dort steigern lassen, wenn wir die Privatinitiative von amtswegen durch Aufklärung fördern. Von Zwang kann keine Rede sein. Es würde uns auch gar nichts nützen, weil schließlich und endlich, privatwirtschaftlich gesprochen, der Bauer diese Dinge nur machen kann, wenn er auch die Rentabilität einer solchen Anlage einsieht und sich diese errechnet hat. Ich bin überzeugt, daß das Referat für Tierzuchtwesen in Steiermark noch sehr viel für die Viehzuchtgenossenschaften tun könnte, daß in bezug auf Milchleistungskontrolle, Stiermaterial, in bezug auf Prüfungen, Zuchtviehverwertung außerordentlich viel geschehen könnte,

denn gerade bei der Viehzucht sind außerordentlich hohe Abstriche im Landesbudget gemacht worden. In der Weide- und in der Alpwirtschaft werden wir in den nächsten Jahren, glaube ich, einen großen Schritt weiter vorwärtskommen, wenn eine Reihe von gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen wird durch die Novellierung des Alpschutzgesetzes, durch die Ausdehnung dieses auf die Weidewirtschaft, auf die Niederweiden, durch Änderung des Reichsforstgesetzes, das längst veraltet ist, und gerade der Alpen- und der Weidewirtschaft außerordentliche Hindernisse in den Weg legt. (Ing. Wikany: „So ist es!“) Wir müssen aber, wenn wir alle diese Maßnahmen durchführen wollen, wenn wir die Erträge heben wollen, selbstverständlich von zwei Gesichtspunkten ausgehen. Der eine ist der: Ist es möglich alle diese Aktionen und Maßnahmen für eine Privatwirtschaft rentabel zu gestalten, ist es möglich, daß der Bauer dabei sein Arbeitseinkommen findet und ist es ferner möglich, daß durch die Förderungsmaßnahmen des Landes noch ein größerer Kreis von Landwirten einbezogen werden kann? Das milchwirtschaftliche Programm, das heuer und in den nächsten Jahren zur Durchführung kommen soll, hat die Aufgabe, den Milchmarkt als solchen zu regulieren und hat weiters die Aufgabe, die ungeheuren Verluste, die in den letzten Jahren dadurch eingetreten sind, daß die Anlagen fehlten, die Milchproduktion aufzunehmen und zu verwerten, zu verhindern und hintanzuhalten. Wir haben einige Monate im Jahre, wo im allgemeinen in den Konsumorten eine Milchknappheit eintritt, aber einen Großteil des Jahres, insbesondere mit dem Beginn der Grünfütterung bis in die Herbstweidezeit, haben wir überall die doppelte und dreifache Erzeugung und Menge zu verzeichnen. Die Konsumorte sind nicht imstande diese Mengen aufzunehmen, Anlagen sind keine vorhanden, die Milch geht unverwertet verloren, und zwar zum großen Teile, sie kann nicht volkswirtschaftlich so verwertet werden wie es notwendig wäre, weil uns diese Institution fehlt; diese soll nicht zentral gemacht werden, sondern dezentral. Wir müssen in die Bezirke kleinere und mittlere Anlagen stellen, die die Milch aufnehmen und zur wirklichen Verbrauchszeit, wenn der Bedarf da ist in Stadt und Markt, wird die Milch in frischem Zustande zugeliefert, ansonsten wird diese Milch als überschußmilch der Verarbeitung zu Butter und Käse zugeführt werden müssen. Ich kann sagen, daß wir in Steiermark in der Lage wären, ungeheure Mengen an Produkten, an Molkereiprodukten auf den Markt zu bringen und im Laufe der Zeit imstande wären, auch in Bezug auf Qualität an das Auslandsprodukt heranzukommen.

Es dreht sich in wirtschaftlichen Fragen in Österreich nur darum, werden wir imstande sein, uns von der Einfuhr aus dem Zollausland in vielen Sachen, speziell bei Lebensmitteln, unabhängig zu machen oder nicht. Sind wir das nicht imstande, dann werden wir nichts weiter als eine Kolonie

des Auslandes sein, die ausgebeutet wird. Dadurch aber, daß jährlich Hunderte Millionen Goldkronen für Lebensmittel ins Ausland gehen ohne Gegenerfaß, muß eine Verarmung der Bevölkerung aller Schichten, eine Verminderung aller Substanzen eintreten. Darin beruht die große Bedeutung jeder Agrarpolitik, hier zeigt sich die Bauernpolitik als beste Erfolgspolitik. Hier zeigt es sich, daß sie nicht nur eine Sache der Bauern, sondern eine Sache der Allgemeinheit ist, von elementarster Bedeutung für den Staat. Entweder ist die Agrarwirtschaft in Österreich imstande, den Lebensmittelbedarf sicherzustellen, dann wird eine Gesundung unserer Handels- und Wirtschaftsbilanz möglich sein, oder sie ist es nicht, dann hat es keinen Sinn sich anzustrengen und über die Zukunft Österreichs nachzudenken, dann werden wir unmöglich lebensfähig werden und daher wird die Agrarfrage, die Frage der Produktion, der Hebung der Erzeugung, der Vermehrung der Lebensmittelerzeugung zu einer allgemeinen Volksfrage, zur Grundlage unserer ganzen Politik und Wirtschaftspolitik. Es war ein großer Fehler, wir können es heute, im Jahre 1926, sagen, daß man nach dem Umsturz einen vollständig verkehrten Wirtschaftsweg gegangen ist, den Weg zum Industriestaate. Ich erinnere mich, daß ich voriges Jahr noch in einer Zeitung eine Äußerung eines Ministers gelesen habe, des Handelsministers für Österreich, der den Standpunkt einnahm, daß unsere Industrie noch sehr viel mehr exportieren müsse, um die Lebensmitteleinfuhr wettzumachen. Was erleben wir in den letzten Jahren? Daß die Entwicklung vom Agrarstaate zum Industriestaate daran scheiterte, daß wir nicht nur eine Industrialisierung Österreichs, sondern der ganzen Welt haben; die dadurch eingetretene Arbeitslosigkeit beobachten wir nicht nur in Österreich, sondern auch in England, in Deutschland, in allen Industriestaaten. Wir sehen, daß die Fabriken eben nicht mehr Absatz haben, nicht mehr beschäftigt werden können, weil die Menschen nicht da sind, die zu kaufen in der Lage sind, und weil vor allem, und das wird immer übersehen, der ferne Osten, schließlich auch die Kolonien, Afrika und Asien in der Zeit, wo die Europäer sich auf den Kriegsschauplätzen die Schädel eingehauen haben, ob es nun Japaner oder Chinesen, Indier oder Afrikaner sind, daran gegangen sind, eigene Industrien aufzurichten, um sich vollständig von Europa zu emanzipieren. Das ist die Lage, die will man nicht einsehen, man will nicht einsehen, daß das keine österreichische Frage ist, sondern eine große weltwirtschaftliche Frage, die wir nicht ändern können, weil wir darauf keinen Einfluß haben. Wir sind imstande, den Weg der falschen Wirtschaftspolitik, den wir bisher gegangen sind, zu ändern; wir müssen es aber auf jenem Gebiete tun, wo wir Österreicher auf festen Füßen stehen und unser Haus selbst bestellen können. Das ist vaterländische Wirtschaft, rationelle Lebensmittelerzeugung, Vermehrung der Produktion auf der heimischen Scholle; wenn wir diese

bis zu einer gewissen Grenze emporzüchten, und das können wir. Wir sind imstande, unsere Lebensmittel, die wir heute um teures Geld aus dem Auslande beziehen und für die wir ungeheure Werte an das Zollausland leisten, im Inlande sicherzustellen. Das ist nationale und vaterländische Politik und da geht die Bauernpolitik weit über den Rahmen der einseitigen Standespolitik hinaus. Hier gibt es keinen Konsumenten- und Produzentenstandpunkt, sondern nur den Standpunkt der Lebensfähigkeit des Staates. Ich kann auf diesem Gebiete, auf dem ich schon seit zwei Jahrzehnten beschäftigt bin, sagen, Sie würden überrascht sein über das, was die Landwirtschaft zu leisten imstande wäre. Wir sind heute schon imstande, den Kornbedarf sicherzustellen, wir sind imstande, den Hafer in dem Maße zu erzeugen, als wir ihn brauchen, wir sind imstande, einen Großteil unseres Schlachtvieh- und Fleischbedarfes aufzubringen. Wir würden in kürzester Zeit auch in der Lage sein, uns die 400 Millionen, die wir nach Holland Dänemark und der Schweiz für Milchprodukte zahlen, zu ersparen. Wir würden auch imstande sein, die Abfälle, die Magermilch und die Molke, die die naturnotwendige Erscheinung dieser Fabrikation sind, für die Schweinemast zu verwerten, auch den Fettbedarf und den Schweinefleischbedarf für Österreich sicherzustellen. Aber, meine verehrten Damen und Herren, diese Maßnahmen, diese Aktionen kosten Geld. Investitionskosten, Anlagekosten. Die Bauern haben das Geld nicht, um aus eigener Kraft diese Mittel aufzubringen, weil die Verhältnisse sich bedeutend verschlechtert haben und weil es sich um Fragen von so allgemeiner Bedeutung handelt. Es ist Pflicht aller Körperschaften, dieser Angelegenheit ein größeres Augenmerk zuzuwenden als bisher. Es geht nicht an, daß auch die Frage des Schutzes der Landwirtschaft, daß die Zollgesetzgebung und wie die Dinge heißen für die Landwirtschaft nur unter einem einseitigen Gesichtswinkel betrachtet werden. Das sind Fragen, für welche wir Landbündler kämpfen müssen, in der Überzeugung, daß das die einzige Grundlage ist, auf die das ganze Volk sich einstellen soll. Wir haben vor Jahren schon darauf aufmerksam gemacht, ich habe es wiederholt im Landtage gesagt, wir brauchen im Interesse der Erhaltung unseres Bauernvolkes, im Interesse aber auch der Allgemeinheit die Vermehrung der Produktion. Sie ist möglich, sie ist technisch nicht schwierig, aber wir müssen einerseits jene Verwertungsanlagen schaffen, die notwendig sind, und andererseits die Landwirtschaft instandsetzen, um wenigstens eine bescheidene Rentabilität aus dem Grund und Boden zu erzielen. Aber man übersieht das. Man sieht noch im Agrarier, im Bauern, den kleinen, mittleren und großen, jenen Ausbeuter der Konsumenten der städtischen Bevölkerung als der er mit Unrecht, vielfach mit den leichtfertigen Schlagworten, hingestellt worden ist. Ich glaube jedoch, unsere Politik wird recht behalten. Wir finden für unsere Ansicht immer mehr An-

hänger. Wir sehen, daß sich auch in Wien die Situation etwas geändert hat, daß man darangeht, das gut zu machen, was man durch so viele Jahre veräußert hat. Es ist allerdings etwas spät, weil alle diese Maßnahmen, ob sie Novellierung des Zolltarifes heißen oder so oder so benannt sind, vielfach zu spät kommen, nicht wirksam eingreifen können und die gutgemeinten Änderungen vielfach auf unüberwindlichen Widerstand stoßen.

Wir beklagen es auch außerordentlich, daß in der Zinsfußfrage, und das betrifft ganz besonders die Landwirtschaft, noch immer Sätze zu verzeichnen sind, die bei der dauernden und ständigen Inanspruchnahme der Bauernschaft in Form von Krediten, noch immer eine Höhe haben, bei der es sehr schwer ist, überhaupt Leihkapital zu nehmen. Zu den vielen Erklärungen über die Höhe des Zinsfußes müßte doch einmal an dieser Stelle auch eine andere Erklärung beigelegt werden, denn unsere Bauern, es wird den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden nicht besser gehen, beklagen sich über die hohe Spannung zwischen Einlagezinsfuß und Darlehenszinsfuß, die gegenüber dem Friedenszustande viel zu hoch ist. Ich glaube, daß wir hier auch eine schwere Wunde unserer Wirtschaft verzeichnen. Der Monat Mai hatte 31 Tage. Das Heer der Bankbeamten, das wir in den Banken haben, hat 45 Tage im Mai bezahlt bekommen, also 1½ Monatsgehälter, sowie jeden Monat der Gehalt 1½fach bezahlt wird, abgesehen davon, daß der Monat Mai elf Feiertage und Vorfeiertage gehabt hat. Es wird gerade uns Politikern, uns Abgeordneten vielfach vorgeworfen, daß wir die Nutznießer dieser Wirtschaft sind, daß wir schuld sind an den Zuständen, wie sie heute bestehen. Aber schauen Sie die Verhältnisse in den Banken in der Richtung an. Wir sehen ganz andere Dinge, die auf die Dauer nicht erträglich sind für die Bevölkerung und für die Wirtschaft. Sie haben in jeder Bank eine Dienstpragmatik, die die Bank- und Sparkassebeamten zu Herren der Situation macht. Wir haben zu Pfingsten — abgesehen davon, daß jeden Samstag Mittag geschlossen wird, und gerade wir würden es brauchen, daß wir nicht eine solche Verschwendung mit den Arbeitstagen machen würden — am Freitag Mittag schon geschlossen gehabt, zu Weihnachten einen Tag vor Weihnachten, an jedem Feiertage einen Tag vorher. Und mit Feiertagen sind wir in Österreich gesegnet, zu den alten Feiertagen ist eine Reihe neuer dazugekommen: die zwei Nationalfeiertage. (Leichin: „Die alten bestehen nicht mehr!“ — Röstler: „Diese zwei Feiertage ärgern Sie?“) Sie wissen, daß ich Republikaner bin, ich schätze und ehre die Republik, die Begründung der Republik ist mir eine große Vergütung gewesen. Ich will damit sagen, daß durch diese eigentliche Untätigkeit, durch diese Ausgabe eine ungeheure Regie geschaffen wird. Die Banken und Sparkassen haben nicht allzuviel zu tun. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß die Volksvertretung in diese Dinge sich hineinmischt, daß der Nationalrat darangeht, die verschiedenen Geld- und Kreditunternehmungen von dem Abdruck der Dienstpragmatik

und von den Direktoren zu befreien. Wenn alle diese Dinge zu Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Angestellten führen, dann müssen wir speziell in Graz konstatieren, daß wir ein Gewerbegericht haben, bei dem sehr selten der Unternehmer Recht behält. (Zwischenruf Leichin.) Nun, Herr Leichin, ich könnte Ihnen Fälle sagen, Sie würden als Mann, der Sie Interesse für die Wirtschaft haben, dann sagen, nein, das ist zu weit gegangen, was das Gewerbegericht in Graz in seiner Praxis leistet, indem es die Unternehmungen und Unternehmer fast grundsätzlich verurteilt. Ob das Dämchen, das bei der Schreibmaschine gefessen hat, sich krank gemeldet hat oder nicht, schuldig ist oder nicht, das wird nicht untersucht.

Ich brauche in diesem hohen Hause nicht besonders darauf zu verweisen, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in der letzten Zeit gestaltet haben. Ich brauche nicht darauf zu verweisen, daß wir in jeder Richtung eine schwere wirtschaftliche Depression zu überwinden haben, daß wir auch speziell in der Landwirtschaft mit einer ungeheuren Absatzkrise zu kämpfen haben, mit einer Geldknappheit kämpfen, daß wir in diesen Dingen wiederholt in diesem hohen Hause, zuletzt anlässlich der Viehmarktdebatte, diesen unseren Standpunkt vollkommen dargelegt haben.

Daraus aber entwickelt sich aber folgendes: Wir sehen durch die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine immer mehr zunehmende Verzweiflung, einen Mißmut in allen Bevölkerungsschichten, überall entstehen Gruppen und Grüppchen, die der Politik den Kampf ansagen; überall entstehen Bewegungen, die schließlich diese wirtschaftlichen Krisen ausnützend, vor allem gegen die Abgeordneten, Politiker, Mandatäre auftreten. Es ist in der letzten Zeit eine ganze Reihe von neuen Parteien entstanden und man sollte sich doch einigermaßen mit diesen auch politisch sehr interessanten Dingen beschäftigen. In den großen Versammlungen wird jeder Abgeordnete und Politiker als ein Lump hingestellt, gestatten Sie, daß ich diesen trivialen agrarischen Ausdruck gebrauche, aber es ist doch so. Sie können in Versammlungen gehen, wohin Sie wollen, von verschiedenen Gruppen wird jeder Abgeordnete, jeder Politiker als Ausbeuter des Volkes hingestellt. Es muß einmal festgestellt werden, daß diese maßlos übertriebenen Angriffe und Anwürfe über die Bezüge der Abgeordneten, daß sie in der 1. Klasse fahren usw., doch schließlich und endlich nicht jene Bedeutung haben können, die in diesen Versammlungen dieser Frage zugewendet wird. Wir wissen, daß ein Abgeordneter in Steiermark monatlich S 250,— bezieht, mit Rücksicht auf die Abzüge für die Klubkasse kommt er im Monate auf S 200,—. Nun frage ich Sie, ich sehe von der Tätigkeit als Abgeordneter ab, da er dies mit seiner Partei abzumachen hat, aber ich glaube, daß die Tätigkeit im Abgeordneten-hause, die ungeheure Inanspruchnahme von seiten der Wählerschaft doch mit Barauslagen verbunden ist. Wir müssen einmal darüber reden (P r i s c h i n g „Sehr gut!“) und uns nicht immer diese Vorwürfe

in den Versammlungen an den Kopf werfen lassen, nicht in meinen Versammlungen, sondern in den anderen. Ich frage Sie, ich frage die Öffentlichkeit, ich frage aber auch die Presse, kann ein Abgeordneter mit S 200,— monatlich bei dieser Inanspruchnahme reich werden oder nicht? Diese Frage ist berechtigt und sollte man einmal beantworten. Wenn die Bevölkerung wirklich einen so kritischen Maßstab anlegt, sollte sie den Abgeordneten auch nicht herabwürdigen, zum Mädchen für alles, zum Dienstmann des Herrn Wählers machen. Auch über diese Dinge muß gesprochen werden. Ich bin dafür, daß ein Gesetz geschaffen wird, daß den Abgeordneten die Intervention in Privatangelegenheiten verbietet, weil in erster Linie die Inanspruchnahme der einzelnen Abgeordneten in hunderten Privatangelegenheiten erfolgt. Man braucht sich nur das Wohnzimmer der Abgeordneten ansehen, das voll ist von Stellensuchenden, von Konzessionswerbern und muß sich dann die Frage vorlegen, ist die Wählerschaft nicht sehr viel selbst daran schuld, daß sie die Abgeordneten so herabwürdigen, daß sie ihn zum Dienstmann stempeln, daß die Leute einfach keine Zeit mehr haben, sich mit den wirklichen Aufgaben, die ein Volksvertreter zu erfüllen hätte, zu beschäftigen. Schauen Sie sich die Kanzleien der Mandatäre an; man verlangt von ihnen wirtschaftliche Arbeit, und das ist vollständig richtig. Ich bin auch der Meinung, er ist von der Allgemeinheit hineingeschickt worden und hat die allgemeinen Interessen möglichst zu vertreten, die Sache zu studieren, und es ist Aufgabe der Mandatäre, einen Weg zur Besserung zu finden. Wenn aber die Bevölkerung die Abgeordneten so mißbraucht, daß der Mensch gar nicht dazu kommt, sich mit den wirtschaftlichen Problemen zu beschäftigen, dann, meine Herren, ist es eben an der Zeit, daß sich die Mandatäre mit diesen Dingen wirklich einmal auch vor der Öffentlichkeit beschäftigen. Ich für meinen Standpunkt nehme in Anspruch, daß schließlich und endlich Abgeordneter zu werden, nicht Sache der Kapitalisten sein kann. Das Recht, Abgeordneter zu werden, muß jedem Menschen, der dazu geeignet ist und die Fähigkeit hat, zuerkannt werden, und man muß ihm das ersetzen, was er in Ausübung seines Mandates tatsächlich verbraucht. Ich glaube daher, daß in der Richtung unserer öffentlichen Stellen auch die Presse einen großen Fehler begeht zu verallgemeinern, den großen Fehler, schließlich und endlich alle diese Stimmungen dem Politiker aufzuhalsen, den Politiker zum Karneval zu machen, an dem die ganze Wirtschaft schuld ist, und ich möchte gerade an die Presse appellieren, diesen Zustand nicht zu verschärfen. Was kommt heraus? Entweder es kommt die Sache zu einem explosiven Ausbruch, wir bekommen eine Diktatur von der oder der Seite, oder aber es kommt eine derartige politische Müdigkeit unter die Menschen, die ja heute schon da ist, eine Parteimüdigkeit auf der ganzen Linie, oder es kommt eine dumpfe Teilnahmslosigkeit über alle jene Leute, die an der Front stehen.

Ich glaube, es ist da nichts zu lächeln, wir können eines Tages vor einer Situation stehen, wo sich der

Streit um ganz untergeordnete Dinge dreht, wir können vor Situationen stehen, bei welcher sich vielleicht das ganze Gebilde ändert, nur werden wir das Nachschauen haben und werden uns noch Vorwürfe machen müssen, was haben wir dazu getan, um endlich den Weg zu finden, um aus diesem politischen und wirtschaftlichen Wirwar herauszukommen? Wenn es so weitergeht, gibt es im nächsten Jahre kein gesundes Unternehmen in Steiermark und Österreich mehr. Ob Sie nun Industrie, Gewerbe oder Landwirtschaft oder Banken oder Handel ansehen, überall ein Darniederliegen, ein Zusammenbruch auf der ganzen Linie. Wir sehen das Fehlen der Substanz und sehen keine Möglichkeit, aus diesen Verhältnissen herauszukommen. Ich meine, wir werden etwas Wasser in unseren Wein gießen müssen, wir werden vielfach unseren dogmatischen Standpunkt aufzugeben haben, wenn wir nicht selbst mitbegraben werden wollen. Aus dieser Tatsache werden wir die Lehre und die Konsequenz ziehen müssen, daß wir alles tun müssen, um den wirtschaftlichen Dingen an den Leib zu rücken, um die wirtschaftlichen Probleme zu meistern und nicht nur in den Versammlungen zu predigen, es geht nicht mehr weiter, die Arbeitslosigkeit bringt uns um. Es geht nicht weiter an, daß diese Fragen ungelöst bleiben, sondern wir müssen uns selbst die Frage vorlegen, was hat jeder einzelne getan, um endlich einmal eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erreichen zu können. Das wird die Schicksalsfrage sein; die an jeden von uns und an die Partei herantreten wird, und das wird die Frage sein, die schließlich und endlich das ganze Volk entscheiden wird.

Ich für meine Partei möchte nur erklären, daß wir auch von dem Gesichtspunkt aus bereit waren und bereit sind, an den Beratungen eines Voranschlages mitzuwirken und mitzuarbeiten, da wir den Beweis tagtäglich liefern, daß wir als vorgeschobene Posten unserer Bevölkerungsschichten draußen unsere Pflicht erfüllen und bereit sind, mitzuarbeiten, um den Aufstieg unseres Volkes und unseres Vaterlandes vorzubereiten. (Beifall in der Mitte des Hauses.)

Steiner: Hohes Haus! Die Redner, die vor mir gesprochen haben, haben hingewiesen auf die Ungehörigkeit der verspäteten Budgetberatung. Ich schließe mich dem Standpunkte, daß es ungehörig ist, das Budget des laufenden Jahres erst im Juni zu beraten, vollinhaltlich an, meine aber, daß es nicht nur ungehörig, sondern daß es, wenn wir die Sache richtig betrachten, die Preisgabe des primärsten Rechtes des Landtages ist, daß er in die Behandlung seines Voranschlages erst zu einem Zeitpunkte eintritt, wo ein großer Teil der Ein- und Ausgabenwirtschaft des Landes bereits erledigt ist und erledigt sein muß; denn die Verwaltung kann nicht warten, wenn das Budget nicht rechtzeitig verabschiedet wird. Die Landesverwaltung muß ihre Arbeiten fortsetzen; und während dieser ganzen Zeit, wo der Landtag sich seiner pflichtgemäßen Aufgabe entzogen hat, hat die Macht-

befugnis und die Verwaltung in die Hand eines einzelnen Mannes und eines Referenten gelegen. Meine Herren, wir sind gewiß einig in der Beurteilung und in der Verurteilung dieses Zustandes, nicht einig sind wir uns allerdings dort, wo es sich darum handelt, festzustellen, wo die Ursachen dieser so wesentlichen Verzögerung gelegen sind. Es ist von einer Seite einfach behauptet worden, die Mehrheit trage die Verantwortung hierfür. Ich meine, es ist vielleicht ein müßiges Beginnen, heute über die Schuld der Mehrheit oder Minderheit zu sprechen, ich glaube vielmehr, daß es eher am Platze wäre, die Frage aufzuwerfen, ob es in unserem Lande und in diesem Hause eine so festgefügte, über alle Machtbefugnisse verfügende Mehrheit gibt, eine Mehrheit, die allein die Verantwortung für die Verwaltung und Wirtschaft des Landes übernehmen kann? Und da muß ich schon folgendes sagen: Wir haben die Verfassung unseres Landes nicht nach den Grundsätzen der sogenannten ministeriellen Prinzipien aufgebaut, nach welchen eine bestimmte Regierungsmehrheit alle Machtbefugnisse besitzt und demnach auch die alleinige Verantwortung zu tragen hat. In unserem Lande herrscht im Gegensatz zum ministeriellen Prinzip das Prinzip des Proporztes. Wir haben die Landesverwaltung nach der Mandatszahl der einzelnen Parteien verteilt und haben auch die Referate und sonstigen Verwaltungssachen an die einzelnen Parteien im Verhältnis zu ihrer Stärke vergeben. In diesem Umstände, ob wir ihn nun für glücklich halten oder nicht, liegt zweifellos ein wesentliches Erschwernis der ganzen Verwaltung. Denn nicht der Wille der Mehrheit, der festgefügten Mehrheit ist entscheidend, sondern entscheidend ist in allen wichtigen Fragen die Parteienvereinbarung; eine Zühlungnahme zwischen den Parteien, um für schwierige Fragen eine gemeinsame Lösung zu finden. Es wäre eine vollständige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn man bei diesem herrschenden Prinzip das Verfassungsleben unseres Landes in eine Linie stellen wollte mit den Verhältnissen wo anders. Es bestehen zweifellos — es wird dies von allen Parteien zugegeben — in einer Reihe von Fragen, tiefgreifende Gegensätze. Solche Gegensätze müssen überbrückt werden, ohne daß eine Mehrheit der Minderheit ihren Willen einfach diktiert, sondern, indem man bei der Eigenart unseres Verhältnisses bei schwerwiegenden Fragen einen Weg der Verständigung sucht. **In dieser Tatsache liegt eine wesentliche Erschwerung** unserer politischen Arbeit, für die aber die Mehrheit nicht verantwortlich gemacht werden kann. Über diese Tatsache kommen wir nicht hinweg, weil sie grundlegend ist für die ganze Arbeit im steirischen Landtage und in den Landtagen überhaupt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang gleich auf eine Angelegenheit zu sprechen kommen, die gewiß wesentlich dazu beigetragen hat, daß das Budget des Landes eine so bedeutende Verzögerung erfah-

ren hat. Diese Angelegenheit ist die Staffelung der Landesgebäudesteuer. Als voriges Jahr, vor der Budgetberatung, seitens der zwei großen Parteien — ich glaube das feststellen zu dürfen — in der Frage der Staffelung der Landesgebäudesteuer so eine Art übereinkommen zustande gekommen ist, haben wir sofort schwere Bedenken dagegen erhoben, daß die Landesgebäudesteuer nach dem System einer Staffelung eingehoben wird. Wir haben in diesem hohen Hause erklärt, daß die Größe einer Wohnung bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr maßgebend und bestimmend für die Vermögenslage des Mieters und für dessen Wohlhabenheit sein kann und daß man in einer Zeit, wo eine derartige Umschichtung der Einkommensverhältnisse Platz gegriffen hat, wie es jetzt der Fall ist und in einer Zeit, wo durch künstliche Aufrechterhaltung von Wohnungspreisen, die weit unter den Gesteungskosten stehen, wo die Wohnkosten in der Privatwirtschaft des einzelnen überhaupt keine Rolle spielen, daß man in einer solchen Zeit unmöglich darangehen kann, eine Staffelung der Gebäudesteuer durchzuführen, weil man damit ein schweres Unrecht an breiten Schichten der Bevölkerung begeht und ihnen schweren Schaden zufügt. Wir haben das damals mit aller Offenheit gesagt, wir haben uns aber mit Rücksicht darauf, daß man unseren Resolutionsantrag, den wir in das Haus brachten, annahm, und der dahin ging, daß die gestaffelte Landesgebäudesteuer bis zu einer neuerlichen Beschlußfassung des Landtages, ohne Rückwirkung auf die Gemeinde- und Bezirksumlagen zu verbleiben habe, mit dieser Stellungnahme begnügt und haben in dieser Voraussetzung auch für die gestaffelte Landesgebäudesteuer gestimmt, zumal wir das Land nicht in eine finanzielle Verlegenheit bringen wollten. Nun hat sich aber ergeben, daß der Resolutionsantrag, der damals mit den Stimmen aller Parteien angenommen wurde, von den Abgeordneten und ihren Parteien nicht in jenem Maße als moralisch bindend betrachtet wurde, wie wir erwartet und erhofft haben. So haben wir gesehen, daß die Stadtgemeinde Graz bei Behandlung des städtischen Voranschlages zunächst auf diesen Resolutionsantrag und auf die Willensmeinung des steirischen Landtages gar nicht Rücksicht nehmen wollte. Es wurde notwendig, in Verhandlungen einzutreten, die den Zweck hatten, wenigstens den Mittelstand von den materiellen Folgen der gestaffelten Landesgebäudesteuer möglichst zu entlasten. Wir haben in dieser Sache einen schweren Kampf geführt und ich muß offen gestehen, daß ich den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage noch heute nicht verstehe. Denn, wenn einerseits, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, darauf verwiesen wird, daß eine Aufhebung des Mieterschutzgesetzes schwere wirtschaftliche Folgen für den ärmsten Teil der Bevölkerung nach sich ziehen würde, und wenn gesagt wird, daß aus diesem Grunde gegen eine Auflassung oder auch nur gegen einen langsamen

Abbau des Mietengesetzes Stellung genommen werden müsse, so muß ich fragen, gilt diese Beweisführung nicht auch dann, wenn das, was den Hausbesitzern, bezw. dem Hausbesitzerstande vermehrt wird, das Land und die Gemeinden für sich in Anspruch nehmen?

(Präsident Schreckenthal übernimmt den Vorsitz.)

Ist der Grundsatz der Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen, die Anerkennung der wirtschaftlichen Notlage eines Teiles unserer Bevölkerung nicht auch dann maßgebend, wenn es sich um die Festsetzung der Landesgebäudesteuer und um die Besteuerung überhaupt handelt? Denn, wenn es richtig ist, und es ist in der Tatsache nicht abzuleugnen, daß unsere Bevölkerung unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer zu leiden hat, und daß unter diesen Umständen breite Schichten eine Hinauffezung des Mietzinses schwer ertragen würden, so hat dies unter allen Umständen Geltung zu haben, auch dann, wenn es sich nicht um die Interessen des Hausherrn, sondern um die des Landes und der Gemeinde und ihrer Abgaben handelt. Und deshalb haben wir mit aller Schärfe gegen die Beibehaltung des ursprünglichen Staffels Stellung genommen. Im Wege langwieriger Verhandlungen war es schließlich möglich, zu einem einigermaßen erträglichen Staffels zu kommen. Wir haben uns den finanziellen Schwierigkeiten, unter denen die Stadtgemeinde Graz zu leiden hat, nicht völlig verschließen können und haben aus diesem Grunde, und um der Stadtgemeinde die Einlösung ihrer Versprechungen gegenüber der Beamenschaft zu ermöglichen und ihren Haushalt in Ordnung zu bringen, es für unsere Pflicht erachtet, diesem Kompromisse zuzustimmen. Besonders bedauerlich ist es aber, daß auch dieses Gesetz wieder rückwirkend gemacht wurde. Ich muß hier wiederholen, was ich schon im Ausschusse gesagt habe: es gibt nichts Unmoralischeres und kein größeres Unrecht, als ein Gesetz, dessen Inhalt eine finanzielle Belastung der Bevölkerung bedeutet, rückwirkend zu machen. Was kann schließlich die Grazer Bevölkerung dafür, daß das Land Steiermark mit der Beratung seines Voranschlages erst im Juni zum Abschlusse gelangt und nicht schon früher pflichtgemäß den Voranschlag erledigt hat? Wieso kommt die Bevölkerung von Graz dazu, daß sie die Kosten dieses Versäumnisses zu bezahlen hat? Und ich kann es begreifen, wenn in der Bevölkerung ein großer Unwille gegen die Rückwirkung eines solchen Gesetzes Platz greift. Wir haben uns infolgedessen auch den Antrag zu stellen erlaubt, daß die Mehrbelastung für die einzelnen Mieter, die sich aus der Rückwirkung des Gesetzes ergibt, in zehn Monatsraten aufzuteilen sei, um wenigstens einigermaßen die Bezahlung dieser Rückstände den Leuten zu erleichtern.

In der Angelegenheit des Budgets möchte ich zunächst noch auf eine Angelegenheit zu sprechen kommen, die uns außerordentlich am Herzen liegt. Es handelt sich um die Herbergsabgabe. Wir haben in Österreich den lebhaften Wunsch, daß der

Fremdenverkehr bei uns zu Lande gehoben wird. Wir haben ein so herrliches Land, so reich an Naturschönheiten, das alles, was der Fremde in der Alpenwelt zu finden erwartet, im reichen Maße besitzt. Wir sind aber rückständig, und zwar außerordentlich rückständig in unserem Hotelwesen, und unsere Fremdenbeherbergung steht zweifellos nicht auf der Höhe der Zeit. Es ist notwendig, daß da Reformen getroffen werden, denn die Schönheit des Landes allein genügt den Fremden nicht, die über die Grenzen von Österreich kommen. Sie wollen einen gewissen Komfort und die Annehmlichkeit einer guten Unterkunft genießen, und da stehen wir leider nicht auf der Höhe. Da ist es die Aufgabe des Landes, mit gutem Beispiele voranzugehen. Wir können von unserer Hotelindustrie, die unter der ungeheuren Last der Herbergsabgabe leidet, nicht verlangen, daß sie belangreiche Investitionen in ihren Gasthöfen ausführt, wenn sie nicht die Mittel dazu hat. Unsere Hotelindustrie ist verarmt und gerade unter dem Drucke dieser Abgabenbelastung in eine außerordentlich schwierige Situation geraten. Zur Zeit der Inflation, damals, als die Ausländer hereingekommen sind, um uns gewissermaßen auszuverkaufen, war es gewiß nicht unbedeutend, eine entsprechende Abgabe auf den Zimmerpreis einzuheben. Diese Zeit ist lange vorüber. Das Hotelgewerbe lebt heute in Verhältnissen, die wesentlich ungünstiger sind, wie vor einigen Jahren. Heute steht ein Teil der Hotelzimmer auch in den Sommermonaten leer und die Besitzer können ihre Lasten kaum mehr aufbringen. Und deshalb habe ich mit Hilfe des Herrn Spak einen Antrag dem hohen Hause vorgelegt, der dem Finanzausschusse bereits zugewiesen wurde, wonach die Herbergsabgabe von 16½ Prozent auf 10 Prozent des Bruttoertrages herabzusetzen sei. Ich glaube, dieser Antrag ist nicht nur zeitgemäß, es ist sogar höchste Zeit daß im Lande Steiermark in dieser Sache etwas gemacht wird. Tirol ist mit gutem Beispiele vorgegangen und auch in anderen Bundesländern, sogar in Wien, hat man die Abgabe herabgesetzt. Nur wir in Steiermark sind im Rückstande, trotzdem wir es notwendig haben, besonders die Fremdenindustrie und den Fremdenverkehr zu fördern. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß der Behandlung dieses Antrages während des Budgets kein Widerstand entgegengesetzt werde und daß Sie mithelfen werden, dem Hotelgewerbe diese so außerordentlich schwere Last zu mildern und es zu einer Verbesserung und Ausgestaltung seiner Betriebsstätten zu befähigen.

Ich komme nun, meine Damen und Herren, zum Schlusse meiner Ausführungen und da möchte ich noch meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß es gelungen ist, die geplante Einführung einer Elektrizitätssteuer abzuwehren. Es war der Einsicht aller Parteien dieses hohen Hauses und auch der Einsicht des Herrn Landesfinanzreferenten zuzuschreiben, daß man von dieser so unwirtschaftlichen und unglückseligen Steuer Abstand genommen hat. Wir haben leider im Lande Steiermark noch eine Reihe von Steuern und Abgaben zu leisten, die das

Arbeitsprodukt direkt belasten, verteuern auf die Industrie wirken und die Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Industrie im Ausland unterbinden. Es wäre ein Unglück für unser Erwerbserleben geworden, die Elektrizitätsabgabe als neue Produktionssteuer einzuführen und damit die Existenzfähigkeit der Industrie und des Gewerbes noch mehr zu untergraben. Wir sind nicht mit all dem, was im Budget steht und was hier verlangt wird, einverstanden. Es ist auch so manches nicht darin, was wir uns dringend hineinwünschen würden; unsere Gewerbetreibenden beklagen sich immer und immer wieder über die unheuer schwere Belastung, die durch die Lohnabgabe entsteht. Wir wissen, daß wir zurzeit nicht imstande sind, eine andere Ersatzsteuer ausfindig zu machen, die es ermöglicht, die Lohnabgabe aus der Welt zu schaffen. Wir wollen aber nicht verschweigen, daß wir unser Augenmerk darauf richten wollen, daß auch diese Steuer langsam abgebaut und durch eine andere ersetzt wird, die sich auf unser Gewerbe und unsere Industrie nicht derart katastrophal auswirkt. Wir werden für das Eingehen in die Spezialverhandlungen stimmen und behalten uns vor, bei Beratung der einzelnen Kapiteln unsere Stellungnahme zu beziehen. (Beifall.)

Wallisch: Hohes Haus! Wir waren vorbereitet darauf, daß heute die Generaldebatte in sachlicher Weise abgeführt wird. Unser erster Redner hat sich auch in einem sachlichen Rahmen gehalten, er hat sich bemüht, das, was wir zu sagen haben, in kurzer, prägnanter Weise vorzubringen, er hat sich auch bemüht, alles das, was er behauptet hat, durch das Vorbringen von Tatsachen zu beweisen und sich streng an den Voranschlag gehalten. Wir waren daher der Meinung, daß wir recht bald zu einer sachlichen Behandlung des Voranschlages kommen werden. Leider ist durch die Wortergreifung des Herrn Landesrates Riegler die ganze Verhandlung in eine unsachliche Bahn gekommen. Der Herr Landesrat Riegler hat es für notwendig befunden, uns heute einen Vortrag zu halten über eine Rundreise durch die Steiermark. (Riemoßner: „Obersteiermark!“) Wenn Landesrat Riegler noch nicht bis Untersteiermark und Weststeiermark gekommen ist, so werde ich jetzt mit ihm die Reise fortsetzen. Wir fühlen uns schon verpflichtet, die unterbrochene Reiseroute nun gemeinsam zu vollenden und den Kreis voll zu machen. Es steht mir natürlich nicht der große Apparat zur Verfügung, welcher Landesrat Riegler zur Verfügung gestanden ist. Er hatte die Möglichkeit, sich die verschiedenen Dinge, die verschiedenen Verwaltungen anzusehen und hat es für notwendig befunden, heute, wo wir über den Voranschlag des Landes für das Jahr 1926 sprechen, uns zu erzählen, was in den einzelnen sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden oder Bezirken, mit einem Worte, in öffentlichen Körperschaften, vor sich gegangen ist und da war seine erste Station Würzzuschlag. Er war der Meinung, daß dort etwas beschlossen wurde, das unter

keinen Umständen richtig ist. Ich möchte feststellen, daß diese Beschlüsse, über die sich Landesrat Riegler heute so sehr aufregt, in der Bezirksvertretung einstimmig gefaßt worden sind, also auch unter der Zustimmung der christlichsozialen Bezirksräte. Es scheint also bei den Christlichsozialen das alte Sprichwort zu gelten: „Nach der Sitzung werden die Ratsherren erst gescheit“. Zuerst stimmen sie mit und auf einmal kommen sie zur Überzeugung, daß die Sache doch nicht ganz richtig sein soll. Die Würzzuschlager sind heute noch der Meinung, daß die Sache richtig ist; aber irgendein christlichsozialer Führer hat das Bedürfnis, den Sozialdemokraten ein Schnippchen zu schlagen und jetzt sind ihm die Würzzuschlager Christlichsozialen zu wenig radikal und da fährt Landesrat Riegler hinauf und stellt fest, was für schlechte Kerle die Christlichsozialen in Würzzuschlag sind, daß sie sich so irreführen lassen. Wenn man Landesrat Riegler gehört hat, konnte man nicht der Meinung sein, einen Landesrat Riegler zu hören, sondern müßte man sich unwillkürlich in eine christlichsoziale Wählerversammlung in irgendeiner Orte versetzt fühlen. Ich muß sagen, daß eine solche Vorgangsweise in den Landtag nicht hineinpaßt. (Riegler: „Ich habe Tatsachen angeführt, sonst gar nichts!“) Ein Landesrat, der soll wissen, was er seiner Würde schuldig ist, ein Landesrat soll sich nicht auf solche Mätzchen einlassen, wenn man vor der ersten Behandlung eines so wichtigen Gegenstandes steht. Der Landesvoranschlag ist eine ernste Sache. (Riegler: „Warum hat Gföller angefangen?“) Kollege Gföller hat sich nur mit einigen kurzen Worten mit dieser Frage beschäftigt und ist sofort weitergegangen, weil er sich nicht mit den Gemeinden, sondern mit dem Landesvoranschlag zu beschäftigen hatte.

Landesrat Riegler hat es als besondere Feinheit unterstrichen, daß in Abflenz der Beschluß gefaßt worden ist, es sollen für Fürsorgezwecke S 6000,— ausgegeben werden, davon bekommt der Obmann allein S 3200,—; für Fürsorgezwecke werden überhaupt nur S 900,— ausgegeben. Da muß ich feststellen, wenn ein solcher Beschluß gefaßt wurde, ist dieser Beschluß einstimmig zustande gekommen. (Dr. Enge: „Das ist nicht richtig!“) Ja, Herr Landesrat Enge, ich möchte feststellen, daß dieser Beschluß über Anregung des Bezirksrates Zach, der ein Christlichsozialer ist, zustande gekommen ist. Er war es, der den Antrag stellte, weil die Sozialdemokraten beantragt haben, es möge für Fürsorgezwecke ein höherer Betrag eingesetzt werden und darauf ist die Einigung zustande gekommen, daß ein geringerer Betrag eingesetzt werden soll, weil diese Beträge, die für die Fürsorge tatsächlich auszugeben sind, von den betroffenen Gemeinden getragen werden müssen. So zählt zum Beispiel Thörl mehr als S 6000,— für Fürsorge, um etwas Praktisches zu leisten; der Bezirk hat sich bereit erklärt, daß er den Rahmen zur Verfügung stellt, innerhalb dessen sich die Fürsorgetätigkeit zu entfalten hat. (Zwischenrufe:

„Ein kostspieliger Rahmen!“) Es haben sich auch bereits diesem Fürsorgeamte die Gemeinden Tur-
nau, Thörl angeschlossen und es sind mit anderen Gemeinden bereits Verhandlungen im Gange, daß auch diese sich anschließen, weil sie sich davon überzeugt haben, daß dieser Zweckverband, auf den Landesrat Riegler so stolz ist, für die Kasse ist, der nur S 600,— an Gehältern für Angestellte ausbezahlt, sonst aber nichts leistet, was zu leisten wäre, was eben von den von den Sozialdemokraten angestellten Funktionären geleistet wurde. Die sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden haben das Geld zur Verfügung gestellt, damit den Leuten nicht nur ein Rat erteilt werden kann, sondern ihnen auch tatsächlich geholfen wird. Es wäre natürlich sehr verlockend, in diesem Sinne weiterzufahren, sich auf dieses Gebiet zu begeben; aber mir scheint, daß Landesrat Riegler hier den Tagesordnungspunkt übersehen hat. Wir beraten den Voranschlag des Landes und nicht die Bezirks- und die Gemeindezuschläge. Wir werden morgen noch Gelegenheit bekommen, uns mit diesen Angelegenheiten zu unterhalten, daher will ich mich nicht so ausführlich mit der Widerlegung dieser einzelnen Dinge beschäftigen. Ich könnte nachweisen, daß die meisten Behauptungen Rieglers unrichtig sind. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Ich könnte nachweisen, daß sie unrichtig sind und einseitig dargestellt wurden. Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie uns die Möglichkeit geben, alle diese unrichtigen Behauptungen, die in den christlichsozialen Versammlungen breitgetreten werden, nun hier im Hause zu widerlegen, weil Ihnen dadurch die Möglichkeit genommen wird, später zu behaupten, das haben wir nicht gewußt. Wenn man einen solchen Verleumder bei den Ohren erwischt und sagt, das ist nicht wahr, sagt er, ich habe das von einem leitenden Funktionär so gehört, jetzt sehe ich, wie die Sache ist. Wir haben schon einige solcher Verleumder festgestellt und sie mußten dann de- und wehmütig sich zurückziehen und zugeben, daß sie unrichtig informiert waren. Es wäre sehr verlockend, darauf zu verweisen, daß die Gemeinde Pernegg, die eine Mehrheit hat, die aus Wirtschaftsparteilern besteht, in der ganzen Welt herumläuft, um Geld zu bekommen für eine Wasserleitung, die dringend notwendig ist. Diese Gemeinde hat für die Kirchenreparatur, die vorzunehmen sie nicht verpflichtet ist, 280 Millionen Kronen verwendet, währenddem sie für die Wasserleitung das Geld sich irgendwie zusammen-treiben muß. Das ist nicht Wirtschaftspolitik, nicht Aufgabe der Gemeinde, das darf die Gemeinde nicht machen. Warum Landesrat Riegler hier nichts gesagt hat? Weil es sich um eine Wirtschaftspartei-Gemeinde handelt, dort sind nicht Sozialdemokraten in der Mehrheit, sondern diese sind dort eine verschwindende Minderheit. Ich verweise weiters auf die Gemeinde Breitenau. Sie hat S 50.000,— überschuß und braucht so dringend notwendig ein Armenhaus, damit die alten Leute, es sind dort ziemlich viele alte Arbeiter und

Arbeiterinnen, die in dem dort befindlichen Werke nicht mehr arbeiten können, die ihre Kräfte verbraucht haben und andernfalls betteln gehen müßten, untergebracht werden könnten. Ein Projekt wurde ausgearbeitet, wonach ein Armenhaus gebaut werden soll. Es würde nur S 45.000,— kosten. Diese Gemeinde verwendet dieses Geld nun nicht für diesen Armenhausbau — da reißt Landesrat Kiegler nicht hin, dorthin hat er wahrscheinlich noch keine Karte gelöst, wo seine Anwesenheit notwendig wäre — (Heiterkeit.) Ich bitte ihn daher, eine Karte nach Breitenau zu lösen und er wird dort ganz gewiß sehr interessante Dinge finden.

Fahren wir nach St. Marein. In St. Marein hat die Gemeindevertretung mit Hilfe der Sozialdemokraten das große Trainzuegdepot bekommen, das um S 50.000,— gekauft wurde. Dort hätten 200 Wohnungen geschaffen werden sollen. Sie haben nun einen Teil verkauft und dafür S 80.000,— eingenommen, ein Teil ist ihnen geblieben. Die Sozialdemokraten haben verlangt, es möge für die Unterbringung obdachlos werdender Arbeiter ein Raum oder einige Räume zur Verfügung gestellt werden. — Tatsächlich ist ein Arbeiter bei der Imprägnierungsanstalt in St. Marein obdachlos geworden und ein sozialdemokratischer Gemeinderat hat es als selbstverständlich erachtet, daß der obdachlose Arbeiter in einem schon seit acht Jahren unbenützten Raum untergebracht wird — wissen Sie, was da geschehen ist? Anstatt, daß diese Gemeindevertretung, der die Christlichsozialen und die Großdeutschen in der Wirtschaftspartei angehören, in diesem Gemeinderat sitzt sogar ein katholischer Geistlicher, den Beschluß gefaßt hätte, dem sozialdemokratischen Gemeinderate den Dank und die Anerkennung auszusprechen für dieses Werk der Nächstenliebe, hat die Gemeindevertretung St. Marein gegen den sozialdemokratischen Gemeinderat die Besitzstörungsklage eingebracht, den Arbeiter geklagt und ihn rücksichtslos der Obdachlosigkeit preisgegeben. Meine Herren, das sind sehr interessante Dinge, von diesen weiß der Herr Landesrat Kiegler nichts und wenn er sie hört, wird er natürlich kein Wort sagen, weil er der gleichen Meinung ist.

Ich muß es weiters als sonderbar betrachten und finde es unerklärlich, daß ein Landesrat der Christlichsozialen Partei hier im hohen Hause aufsteht und sagt: „In Köflach wurde ein Haus gebaut, ein Kinderheim, dieses hat Geld gekostet und es ist für die Verzinsung dieses Geldes nicht gesorgt.“ Meine Herren, kann man brutaler, rücksichtsloser sein? Ein Kinderheim soll eine Verzinsung tragen, ist das ein Schacherobjekt, ein Objekt, wo man etwas verdienen kann? Wir stellten uns die christliche Nächstenliebe anders vor, nicht so, daß, wenn man Almosen austeilt, man fragt, wieviel werden uns diese tragen. (Kiegler: „Das ist nicht behauptet worden!“ — Dr. Kammerer: „Das ist von Pichling gesagt worden, aber nicht von Köflach!“ — Kiegler: „Sie scheinen auch eine falsche Karte gelöst zu haben!“) Ich begreife Ihre

Aufregung, ich begreife, daß es den Herren unangenehm ist, daß wir diesen Ausdruck festgehalten haben, und wir werden das festhalten, weil das die Echtheit Ihrer christlichen Nächstenliebe aufzeigt. (Riemelmoser: „Aber verkehrt ist es!“ — Oberzaucher: „Sie können das stenographische Protokoll anschauen!“ — Riemelmoser: „Aber ein Blödsinn ist es!“) Wir werden ja sehen, ob es ein Blödsinn ist. Wenn es ein Blödsinn ist, dann hat diesen Blödsinn Herr Landesrat Kiegler begangen, indem er solche Behauptungen aufstellt. Herr Bürgermeister, Sie kennen wir schon lange! (Riemelmoser: „Erst seit Sie von Ungarn, von Bela Kun gekommen sind!“)

Der Herr Landesrat Kiegler hat nicht gesprochen über die Gemeinde St. Marein bei Knittelfeld, die gewiß keine sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde ist. Was ist dort geschehen? Diese Gemeinde hat eine so heillose Schlamperie gehabt, eine so schlampige Wirtschaft geführt, daß sich ein Beamter wochenlang im Schweife seines Angesichts bemühen mußte, um Ordnung hineinzubringen. Was hat der Landesrat Kiegler dort veranlaßt? (Aust: „Gar nichts!“). Er hat nur verfügt, dieser Bürgermeister ist zu rügen, aber er bleibt auch weiter in Amt und Würden, und es ist auch weiter St. Marein ein Ort, der gewiß nicht im offenen Haus von Herrn Kiegler gerügt wird. (Kiegler: „Leider kein christlichsozialer Bürgermeister!“) Leider kein Christlichsozialer, aber er gehört der Wirtschaftspartei an.

Landesrat Kiegler hat weiter nicht gesprochen von der Gemeinde Groß-Lobming, wo man die Gemeinde aufgelöst hat, damit ja die Möglichkeit besteht, den Grund an jene Leute zu verteilen, die Ihrer Partei sehr nahe gestanden sind.

Als eine besondere Spezialität, als Bikanterie, hat sich Herr Landesrat Kiegler den Bezirk Bruck an der Mur ausgesucht und hat einen Fall aufgezeigt. Das hat mich besonders gemundert. Der Fall ist in den Zeitungen wiederholt besprochen worden, überall besprochen worden, er ist daher keine Neuigkeit. Ein Landesrat soll bemüht sein, wenn er etwas sagt, nicht so abgedroschene alte Ladenahter aufzutischen. (Prising: „Sensation!“). So etwas soll sich ein Landesrat nicht zuschuldenkommen lassen. Die sozialdemokratische Partei hat ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit in aller Öffentlichkeit präzisiert. Die sozialdemokratische Partei hat, obwohl sie genau im Klaren war, darüber, daß der frühere Bürgermeister von Bruck etwas getan hat, was nicht richtig war, dessen persönliche Reinheit aber ganz gewiß von jedem, auch vom Herrn Kiegler anerkannt wird, den Mann verpflichtet, daß er die Obmannstelle des Bezirksausschusses, auch die Bürgermeisterstelle und das Abgeordnetenmandat zurücklegt. Dadurch hat die sozialdemokratische Partei bewiesen, daß sie vor nichts zurückschreckt, wenn sie sieht, daß sich ein Mensch eines solchen

Vergehens gegen die Auffassung, wie man öffentliche Gelder zu verwalten hat, schuldig macht. Nun möchte ich die Frage aufwerfen, und da bitte ich, aufmerksam zu folgen. Bürgermeister **Pichler** hat tatsächlich öffentliche Gelder für ein Haus, das seiner Ansicht nach der kulturellen Aufklärung gewidmet war, verwendet. Ich muß es aber als starke Übertreibung und unrichtige Behauptung zurückweisen, daß **Pichler** Gelder herausgepreßt hat. (**Prisching**: „Er hat mich gequält!“) Wer Sie kennt, der weiß ganz genau, daß aus Ihnen nicht leicht etwas zu erpressen ist, da kennen wir Sie viel zu gut, als daß wir die Meinung hätten, daß von Ihnen etwas zu erpressen ist. Einen Revolver hat **Pichler** gewiß auch nicht gehabt. Ich werde Ihnen zeigen, wie Sie Unrecht haben, wenn Sie da der sozialdemokratischen Partei irgend etwas vorwerfen wollen.

Die Gemeinde Ratten hat im Jahre 1922 den Beschluß gefaßt, zwei Drittel der Lohn- und Gehaltsabgabe für die Anschaffung einer Kirchenglocke zu verwenden. (**Ruschak**: „Hört!“) Die Kirchenglocken zu kaufen, ist nicht Aufgabe der Gemeinde, noch viel weniger wird die Lohn- und Gehaltsabgabe für solche Zwecke eingehoben. Diese ist nicht deshalb beschlossen worden, Gemeindefunktionären die Möglichkeit zu bieten, Kirchenglocken zu kaufen. Diese Gemeinderäte sind so weit gegangen, daß sie sich auch damit nicht begnügt haben. Sie haben die Kirchenglocken eingeweiht, haben das Bier dazu hergegeben und Bänder wurden gekauft. Alle Funktionäre der Gemeinde haben sich photographieren lassen, damit die Nachwelt sehen soll, welche Herren in der Gemeinde gefessen sind (**Riemer**: „Fesche Kerle!“). Und das alles hat die Gemeinde Ratten bezahlt. Ich vermisse, daß der Herr Landesrat **Riegler** darüber nichts gesprochen hat. Er hat den Mantel der Nächstenliebe darüber gebreitet. (**Riegler**: „Ich habe davon nichts gewußt!“) Es ist in aller Öffentlichkeit davon Mitteilung gemacht worden und man hat gehofft, daß Herr **Riegler** gegen diese Gemeinde auftreten wird. Warum ist das nicht geschehen? Weil in dieser Gemeinde kein einziger Sozialdemokrat gefessen ist. Wir wissen, daß das erst, als die drei Sozialdemokraten in die Gemeinde eingetreten sind, aufgedeckt wurde. Wir wissen, daß in bürgerlich oder christlichsozial verwalteten Gemeinden noch viel schlimmere Dinge vorkommen. Leider sind wir nicht in der Lage, überall hineinschauen zu können, weil Sie mit allen Ihnen zustehenden Mitteln zu verhindern suchen, daß Sozialdemokraten in solche Körperschaften hineinkommen.

Wie unwirtschaftlich bürgerliche Gemeinden arbeiten, das beweist Bruck a. d. Mur. Wir haben voriges Jahr ein Elementarereignis zu verzeichnen gehabt. Das Wehr ist umgestoßen worden. Eine große Holzladung soll das verursacht haben. Die Sachverständigen haben aber nach gründlicher Untersuchung festgestellt, daß dieses Wehr so unrichtig

gebaut war, daß man dort statt Zement Schotter zur Bindung verwendet hat, so daß die Gemeinde Bruck einen Schaden von 4½ Milliarden deshalb hat, weil die frühere Gemeindeverwaltung sich nicht gekümmert hat, wie die Dinge gemacht werden. (**Sornik**: „Das ist nicht ganz richtig. Ich stelle fest, es ist ein Baufachverständiger bestellt worden. Die Gemeinde hat ihn glänzend bezahlt!“) Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist, weil Sie das decken müssen, obwohl es so ist, wie ich sage.

Präsident (das Glockenzeichen gebend.) Ich bitte, diese Debatte im Brucker Gemeinderat abzuhalten.

Wallisch (fortfahrend). Wir werden die Öffentlichkeit noch von verschiedenen Vorkommnissen in Kenntnis setzen. Ich verweise darauf, wie die Gemeinde es verstanden hat, alles zu verheimlichen, was nur möglich war. So sind Sie in dieser Gemeinde hergegangen und haben, bevor die Sozialdemokraten in die Gemeinde eindringen konnten, die wichtigsten Bücher auf den Wagen geladen und nach Frohnleiten geführt. (**Sornik**: „Das waren auch nicht die Gemeindevertreter!“) Es ist selbstverständlich, daß der Bürgermeister nicht den Wagen heruntergezogen hat. Das hat ein anderer gemacht. Er wird auch nicht drei Zeugen genommen haben, sondern er hat es schon so vorsichtig gemacht, daß man es nicht nachweisen kann. Er ist gestorben. Lassen wir ihn ruhen. Ich zeige nur, wie unrecht Sie haben, wenn Sie die Behauptung aufstellen, daß die öffentlichen Körperschaften von den Sozialdemokraten nicht richtig verwaltet werden. Wie unrecht Sie haben, daß Sie die Sozialdemokraten verhindern, wenn sie aufbauen wollen.

Herr Landesrat **Riegler** macht der Bezirksvertretung Leoben den Vorwurf, daß sie hergeht und Wohnungen baut und hat die Befürchtung, die Mehrheit in Leoben kommt in Gefahr, wenn neue Wohnungen gebaut werden. Das ist doch wirklich ein Gedankengang, der einem Landesrat gewiß nicht anhaften soll. Er sollte schon auf einem höheren Niveau stehen und auch vom Gegner nicht immer solche niedere Motive voraussetzen. (**Riemelmoser**: „Aber sachlich waren sie schon!“) Die neuen Wohnungen... (**Riemelmoser**: „Das ist nicht die Kompetenz der Bezirksvertretung!“ — **Bichl**: „Reden Sie keinen Unsinn!“) Ich stelle fest, damit auch der Herr Bürgermeister, der von der Bezirksvertretung etwas wissen sollte, es zur Kenntnis nimmt, daß es viele bürgerliche Bezirksvertretungen gibt, die schon früher Häuser gebaut haben, damit sie ihre Angestellten unterbringen können, weil jeder Unternehmer, der Leute beschäftigt, sich bemüht, für diese auch Wohnungen zu haben, damit er nicht wegen Wohnungsmangel gehindert sein soll, Leute zu beschäftigen. (**Gaß**: „Aber nicht für den Obmann!“) Nein, nicht für den Obmann. Wie der Schelm ist, so denkt er von den anderen. (**Gaß**: „Das wissen Sie von Ihnen selbst!“) Wenn wir irgend etwas bauen, so bauen wir für alle, nicht deshalb, um irgendwelche persönliche Befriedigung von einzelnen Funktionären zu schaffen, sondern die sozialdemokratischen Funktio-

näre haben immer bewiesen, daß, wenn sie über Moral reden, sie von den bürgerlichen Parteien nichts lernen brauchen, sondern haben die sozialdemokratischen Führer schon sehr oft und in vielen Fällen den Beweis erbracht, wie hoch sie über die moralische Auffassung der bürgerlichen Parteien stehen. (Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Riemelmoser: „Selbstlob stinkt! Was ist es mit den Herren Gemeinderäten von Graz, die in den neugebauten Häusern eingezogen sind?“ — Muchitsch: Wer war das? — Riemelmoser: „Herr Bürgermeister, Sie wissen es ganz genau!“) Wir nehmen nicht nur bäuerliche Besitzer und Grundbesitzer als Funktionäre, bei uns kommt es vor, daß auch arme Teufel Funktionäre werden, und wenn diese armen Teufel zufälligerweise obdachlos, wohnungslos werden, so können wir sie doch nicht deshalb obdachlos bleiben lassen, damit Sie eine Freude haben. Eine Protektionswirtschaft werden Sie uns nicht nachweisen können. (Riemelmoser: „Ich hätte kein Wort gesagt, wenn Sie nicht angefangen hätten!“ — Zwischenruf Leichin.)

Ich habe mir den Kopf zerbrochen und nachgedacht, warum eigentlich Herr Landesrat Riegler sich auf dieses falsche Geleise begeben hat. (Riegler: „Und Sie sind mir nachgefolgt!“) Meine Herren! Ich hätte noch recht vieles zu sagen, um die Unrichtigkeit der Behauptungen des Herrn Landesrates Riegler zu widerlegen (Riegler: „Ich habe Ihnen schon heute geantwortet!“) und festzunageln, aber ich will ihm auf diesem falschen Geleise nicht weiter Gefolgschaft leisten, sondern meine Kollegen werden dort, wo es am Platze sein wird, ihm noch die Antwort geben. Aber warum hat der Herr Landesrat Riegler sich so bemüßigt gefühlt, über diese Sache zu sprechen? Weil er ein böses Gewissen hat! (Heiterkeit.) Herr Landesrat Riegler ist neben seiner Funktion als Gemeindeferent auch derjenige, der für die Landeskultur verantwortlich ist (Riegler: „Nur zum Teile!“), er ist derjenige, der zum größten Teile verantwortlich ist für die landwirtschaftlichen Lehranstalten. Wenn man ihm nun da folgt und sich einmal diese von ihm geleiteten Anstalten betrachtet, für die er verantwortlich ist, da begreife ich es, warum sich Herr Landesrat Riegler auf das sehr gute steirische Wort verlegt hat: „Reden wir von etwas anderem!“ (Riemer: „Mir scheint, dieses Wort haben Sie sich auch zu eigen gemacht!“) Er will nicht, daß man darüber spricht. Warum? Weil wir schon im Finanzausschuß während der Beratung des Voranschlages Herrn Landesrat Riegler wiederholt nachgewiesen haben, daß er sich wirklich nicht bemüht, leistungsfähige Schüler zu größeren Leistungen für diese Schulen heranzuziehen. Wir Sozialdemokraten haben bisher immer für jede Friedensmöglichkeit, auch für die der landwirtschaftlichen Bevölkerung gesprochen, weil wir uns vollkommen darüber im Klaren sind, daß unser Land nur gedeihen kann, wenn unsere landwirtschaftliche Bevölkerung auf eine entsprechende Stufe kommt. Wir stehen auf dem

Standpunkte, daß, wenn für irgendeine Sache Geld ausgegeben wird, derjenige, der etwas leisten kann, auch mehr leisten soll. Wir sind dafür, daß mittellose Kinder von landwirtschaftlichen Arbeitern oder Kleinbauern vom Schulgeld befreit werden. (Riegler: „Das gehört zur Kleinbauernbewegung dazu!“) Aber wir können es absolut nicht verstehen, daß, um nur einen Fall anzuführen, der Sohn des gewesenen Erzherzogs Franz Ferdinand, der über große Güter verfügt, die Forstlehranstalt in Bruck besucht und auch nur S 90,— im Jahr zahlt, obwohl ein Schüler dem Land auf S 1798,— zu stehen kommt. (Gaf: „Beim gewerblichen Fortbildungsschulgesetz waren Ihre Leute gegen die Lehrmittelbeiträge und haben gesagt, alle dürfen nichts bezahlen!“) Aber, Herr Landesrat Gaf, das zeigt nur wieder, wie unlogisch und falsch Sie folgern, den Fürst Hohenlohe können Sie doch nicht mit einem Maurerlehrlingen vergleichen. Wenn irgendein Mensch sich gezwungen fühlt, sein Kind als Lehrling wo hinzugeben, so ist das doch etwas anderes, als wenn ein Fürst seinem Kind eine größere Bildung heibringen will. (Dr. Enge: „Sie haben die Adresse verfehlt!“ — Zwischenruf Gaf.) Wir haben auch noch andere Anstalten, bei welchen Herr Landesrat Riegler der Maßgebende ist, so die Ackerbauschule Grottenhof, den Grabnerhof und die Schule Kirchberg am Walde. Wir sehen, daß am Grottenhof die Kosten für den Schüler S 2582,— betragen, die Schüler aber nur S 510,— zu zahlen haben; wir sehen, daß am Grabnerhof der Schüler S 5000,— kostet und nur S 800,— zu leisten sind. Es werden da ziemlich große Geschenke an Leute gemacht, die mehr leisten könnten. Wir sind dafür, daß Kleinbauernjöhne und Söhne landwirtschaftlicher Arbeiter überhaupt von allen Beiträgen enthoben werden sollen, aber die Leistungsfähigen könnten schon besser herangezogen werden.

Wir sind auch ungehalten darüber, daß sich der Herr Finanzreferent heute entschlossen hat, vom Landtage zu verlangen, es möge beschlossen werden, daß den Gemeinden ein so bedeutender Betrag von den Ertragsanteilen genommen werde. Wir erklären das als einen Raub, als eine vollständig unrichtige Vorgangsweise. Die Mehrheit kann dies ja beschließen, sie muß aber allerdings auch die Verantwortung dafür tragen, was sie tut. Wir können es auch nicht gutheißen, daß auch die Bundesübertragungsgebühren den Gemeinden genommen werden sollen, und wir werden auch in der Spezialdebatte einen Antrag stellen, daß diese Bestimmung zu streichen ist. Von welchem Geiste Sie befeelt sind, sieht man daraus, daß Sie stolz darauf sind, eigentlich keine neuen Steuern eingeführt zu haben. Sie haben sogar eine Restringierung vorgenommen und ich muß mit Bedauern feststellen, daß die christlichsoziale, großdeutsche und Bauernbündler-Koalition, könnte man fast sagen (Widerspruch bei den Bauernbündlern), in der Frage des Mieterschutzgesetzes sich sogar zu einem Entgegenkommen an die Demagogie der Hausbesitzer bereit erklärt hat. Wir stellen fest, daß die Herren sich entschlossen

haben, den Hausbesitzern von der Steuer ein Geschenk von S 123 000,— in einem Jahre zu machen, indem sie den Anteil des Hausbesitzers von fünf auf zehn Prozent erhöhen wollen. Dagegen protestieren wir auf das entschiedenste, da es nicht Aufgabe der Landesverwaltung sein kann, von den besitzlosen Mietern etwas einzuheben und es einfach einer anderen Klasse zu verschenken. Wir sind weiters nicht mit dem Geiste der Christlichsozialen einverstanden, daß sie eine Erweiterung der Stolzalpe abgelehnt haben, mein Antrag, daß zumindest in kleinem Maße eine Erweiterung stattfinden soll, die große soll aus der Dollaranleihe kommen, wurde abgelehnt. (Dr. Eng e: „Was haben wir auf der Stolzalpe je abgelehnt?“) Wir haben nur beantragt, daß die Stolzalpe so erweitert werden soll, damit auch die Besucher untergebracht werden können. Das wäre mit einem Betrage von S 20 000,— bis S 30 000,— möglich gewesen. Dagegen wurde der Beschluß gefaßt, noch im Jahre 1926 eine Kapelle zu erbauen. Unser Antrag wurde abgelehnt, aber der Kapellenbau beschlossen. (R i e m e l m o s e r: „Lassen Sie sich vom Herrn Landeshauptmann P o n g r a z unterrichten!“ — G a ß: „Die sozialdemokratischen Eisenbahner haben ja auch eine Kapelle! — Heiterkeit. — M a c h o l d: „Das ist ein sehr matter Witz!“)

Wir müssen weiter mit Bedauern feststellen, daß der Herr Finanzreferent den Herrn Referenten für Straßenbau sehr gedrosselt hat. Wenn wir z. B. den Voranschlag ansehen, so finden wir, daß für Straßenbauten insgesamt S 8800,— verausgabt werden, das sind 1,6 Prozent des ganzen Betrages. Demgegenüber verwendet Niederösterreich — ich will nur eine Ziffer nehmen — S 5 046 000,— oder 8,88 Prozent. Wenn wir weiters sehen, daß für Wasserbau auch nur ein sehr geringfügiger Betrag ausgegeben werden soll, können wir wohl feststellen, daß sich hier die Herren der Mehrheit und besonders der Herr Finanzreferent nicht bemüht haben, produktiv zu wirken. Sie bemühen sich wohl, die sozialdemokratischen Gemeindevertretungen davon abzuhalten, produktive Arbeit zu leisten, aber hier, wo sie die Macht hätten, wirklich etwas zu leisten, hier tun sie es nicht. Der Herr Finanzreferent bemüht sich auch, sich als einen tüchtigen Finanzreferenten herauszustreichen. Er hat uns voriges Jahr mitgeteilt, daß wir mit einem Abgang von über 2 Millionen Schilling rechnen müssen, und wir haben das zur Kenntnis genommen. Ich habe

geglaubt, daß man sich wirklich bemüht, nur das unbedingt Notwendige zu leisten und nur zu droffeln, wo es nicht anders geht. Auf dem Christlichsozialen Parteitag hat sich der Herr Landeshauptmann gebrüstet, „unser Finanzreferent ist ein tüchtiger Kerl, da bei ihm anstatt eines großen Defizites noch ein Überschuf herauskommt“. Meine Herren! Diese Vorgangsweise ist nicht richtig. Warum beraten wir, warum sitzen wir wochen-, ja monatelang beieinander, und bei jeder Post wird erklärt, daß man sie von allen Seiten betrachten müsse? Ich muß feststellen, daß man uns nur einige Ziffern aus dem Rechnungsabschlusse, Ergebnisziffern des Jahres 1925, gezeigt hat, daß man aber im Jahre 1925 alle produktiven Ausgaben gekürzt und solche produktive Ausgaben nicht weiter flüssig gemacht hat. Ich muß feststellen, daß auf diesem Gebiete sehr viel gesündigt wurde, und nur so sind Sie zu diesem überschuf gekommen. Wenn wir also heute in die Spezialberatung des Voranschlages eingehen, so gehen wir in der Hoffnung in die Diskussion ein, daß im Laufe des Jahres 1926 der Herr Finanzreferent nicht auf diesem Gebiete die Sparmaßnahmen treffen wird, sondern die Beschlüsse des Landtages auch unter allen Umständen eingehalten werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, ich erteile das Wort dem Herrn Hauptberichterstatter.

Hauptberichterstatter **Spak:** Hohes Haus! Ich habe in der Generaldebatte nichts mehr zu bemerken und beantrage nunmehr das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Dieser Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Die Spezialdebatte wird nicht mehr heute stattfinden, sondern morgen um 9 Uhr begonnen werden.

Präsident verkündet die eingebrachten Anträge. (Siehe Inhaltsverzeichnis.)

Ferner liegt vor ein Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, Beilage Nr. 158, welcher heute hier aufgelegt wurde.

(Schluß der Sitzung um 8 Uhr 30 Minuten abends.)